



29. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld vom Mittwoch, 12. November 2025

Ort	Grosser Bürgersaal im Rathaus
Zeit	16.00 bis 19.45 Uhr
Vorsitz	Luc Pizzini
Mitglieder	Parwin Alem Yar, Lisa Badertscher, Ivo Begic, Fabio Bergamin, Alessandra Biondi, René Bischof, Elio Bohner, Laure Brem, Priska Brenner-Braun, Niklaus Briner, Reto Brunschweiler, Nathalie Fäh, Miriam Frei, Pascal Frey, Daniel Geeler, Robin Goldinger, Hanspeter Gubler, René Gubler, Ruth Krähenmann, Felix Kübler, Samuel Kunz, Tobias Lenggenhager, Christian Mader, Dominique Mayer, Christoph Regli, Claudio Rüegsegger, Fatmir Sanakosi, Thomas Schwarz, Beda Stähelin, Nico Stucki, Stefan Thalmann, Christoph Tobler, Annina Villiger Wirth, Stefan Vontobel, Roland Wetli, Kathrin Widmer Gubler, Roland Wyss, Christa Zahnd
Protokoll	Mathias Frei, Gemeinderatssekretär
Mitanwesend	Stadtpräsident Claudio Bernold, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Regine Siegenthaler, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Stefan Leuthold
Entschuldigt	Stefan Eggimann
Traktanden	
	137 Mitteilungen
	138 Protokoll der Sitzung vom 17. September 2025
	139 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros per 12. November 2025 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Mattia Salvi, Fraktion CH/Grüne/GLP)
	140 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros per 12. November 2025 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Nicola Colotti, Fraktion SP)
	141 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros per 12. November 2025 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Mathias Kienast, Fraktion Die Mitte/EVP)
	142 Botschaft Nr. 31 «Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2026»

Einleitung

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Besuchende auf der Galerie sowie geschätzte Medienvertretende, ich begrüsse Sie herzlich zur 29. Gemeinderatssitzung dieser Legislatur. Da die Budgetsitzung bereits um 16.00 Uhr startet, gibt es für die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats eine kleine Verpflegung, nämlich pro Person ein Sandwich und ein Schoggistängeli, dazu Äpfel, Süssmost, Wasser und Kaffee.

Ganz nach dem Motto «Ein Regli kommt immer allein» begrüsse ich Tobias Regli, welcher den Platz seines Vaters und Alt-Gemeinderats Christoph Regli übernimmt, zu seiner ersten Gemeinderatssitzung. Ich wünsche dir viel Freude für deine Arbeit im Rat und bin gespannt, ob du die Amtszeit von 18 Jahren überbieten kannst. Angesprochener Christoph Regli sitzt auf der Galerie und wird bei den Mitteilungen gebührend für sein Engagement im Gemeinderat verabschiedet.

Die aktualisierte Sitzungsordnung des Gemeinderats kann online auf www.frauenfeld.ch/gemeinderat abgerufen werden.

Gemeinderat Samuel Kunz rückt nach dem Rücktritt von Christoph Regli nicht um einen Platz weiter, weil der Rollstuhl in der Mitte eines Tisches stehen muss.

Zum lebendigen Frauenfeld: Durch das Ausfallen der letzten Sitzung konnte ich leider viele Events nicht ansprechen. Da die heutige Sitzung aber auch so schon lange dauern wird, probiere ich, mich kurz zu fassen.

Gestern hat die Fasnacht in Frauenfeld wieder gestartet und wird über die nächsten Monate für viel Leben in und um die Stadt sorgen. Wer mit den Kindern eine schöne Beschäftigung machen möchte und auch schon mal ein Weihnachtsgeschenk abhaken will, kann bis Anfang Dezember im Viva zum Kerzenziehen gehen. Weitere Möglichkeiten für Weihnachtsgeschenke können Sie am 22. November am Weihnachtsflohmarkt finden.

Musikbegeisterte dürfen sich nebst Konzerten im Eisenwerk und im KAFF mit dem Musical «Sinnsalabim» auch auf ein himmlisches Musikereignis in der evangelischen Stadtkirche freuen.

Ab dem 23. November geht «20gi Move» in eine neue Saison, wo Primarschülern am Sonntag eine offene Turnhalle zur Verfügung steht.

Und natürlich gibt es noch viele weitere Highlights in und um Frauenfeld.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Tischauflagen sind das lachsfarbene Papier «Änderungsantrag der GPK Finanzen und Administration zur Botschaft Nr. 31 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2026» sowie die Zusammensetzung aller vorab eingegangenen Änderungsanträge aus dem Gemeinderat.

Zu Beginn der Sitzung sind 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglement beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da

niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

137. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH):

- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 261 vom 30. September 2025 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 32 «Totalrevision des Reglements über den Fonds für erneuerbare Energie und Energieeffizienz, Energiefondsreglement» verabschiedet.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 263 vom 21. Oktober 2025 hat der Stadtrat das Zustandekommen einer stillen Wahl für die Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission der Stadt bestätigt. Gewählt ist Noemi Signer.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 271 vom 28. Oktober 2025 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderat Christian Mader per 31. Dezember 2025 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 282 vom 4. November 2025 hat der Stadtrat den Rücktritt von Wahlbüromitglied Matthias Kienast per 22. August 2025 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 283 vom 4. November 2025 hat der Stadtrat den Rücktritt von Wahlbüromitglied Nicola Colotti per 9. September 2025 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 290 vom 11. November 2025 hat der Stadtrat die Ersatzwahl von Matthias Guggisberger per 1. Januar 2026 in den Gemeinderat genehmigt.

Nun wie bereits angekündigt die Verabschiedung von Alt-Gemeinderat Christoph Regli. Lieber Christoph, über deine Zeit und dein Engagement im Gemeinderat zu berichten, würde wahrscheinlich allein eine Sitzung füllen. 18 Jahre hast du einen wertvollen Beitrag für die Stadt Frauenfeld im Gemeinderat geleistet. Länger als ich und einige andere in diesem Saal überhaupt wählen dürfen. Und diese Zeit im Gemeinderat hast du wahrlich genutzt, um in vielen Bereichen deine Ideen und Inputs zu geben. Du warst im Ratsbüro, in der GPK Finanzen und Administration, in der Spezialkommission Bürgerrechtsverfahren, der Verwaltungskommission der Pensionskasse, Gemeinderatspräsident und, und, und. Ich würde ja gern über all diese Tätigkeiten berichten, aber dafür müsste ich wissen, worum es da überhaupt ging. Was ich aber sagen kann: Du wirst im Gemeinderat fehlen. Wer über einen solchen Zeitraum mit einer solchen Leidenschaft die Stadt mitgestalten möchte, der verdient unseren Dank und unsere Anerkennung. Nichtsdestotrotz können wir es verstehen, dass es irgendwann einmal genug ist. Ausserdem hast du ja dafür gesorgt, dass ein Regli im Rat bleibt. Und während Tobias nun an den Fraktions- und Gemeinderatssitzungen ist, hast du Zeit, um auf das Enkelkind aufzupassen. Christoph, ich möchte dich nun bitten, kurz von der Galerie zu kommen, damit ich dir ein Präsent übergeben kann.

138. Protokoll

Das Protokoll der 28. Sitzung von Mittwoch, 17. September 2025, wird genehmigt.

139. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros per 29. Oktober 2025 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Mattia Salvi, Fraktion CH/Grüne/GLP)

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Der Gemeinderat wurde über die Wahlvorschläge wie üblich vom Gemeinderatssekretär vorinformiert. Es wird eine Nachfolge für Mattia Salvi gesucht. Ich danke ihm herzlich für seinen Einsatz im Wahlbüro. Das Vorschlagsrecht für die Nachfolge von Mattia Salvi hat die Fraktion CH/Grüne/GLP.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Als Ersatz von Mattia Salvi schlagen wir Ihnen Max Müller vor. Max Müller wurde am 17. Februar 2007 geboren und wohnt an der Fliederstrasse 36 in Frauenfeld. Nach der Matura macht er zurzeit ein einjähriges Praktikum beim Architekturbüro Innoraum. Später möchte er an der Fachhochschule Architektur studieren. Max Müller ist in einer politisch aktiven Familie aufgewachsen. Wir bitten Sie, Max Müller Ihre Stimme zu geben.

Abstimmung

Max Müller wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

140. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros per 29. Oktober 2025 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Nicola Colotti, Fraktion SP)

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Es wird eine Nachfolge für Nicola Colotti gesucht. Ich danke auch ihm herzlich für seinen Einsatz im Wahlbüro. Das Vorschlagsrecht hat die Fraktion SP.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Als Nachfolger von Nicola Colotti schlagen wir Luís Araújo vor. Er ist wohnhaft an der Eibenstrasse und seit April 2024 Mitglied im Vorstand der SP Frauenfeld. Er arbeitet seit mehr als zwei Jahren als Primarlehrperson in der Stadt Winterthur. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung.

Abstimmung

Luís Araújo wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): In der Zwischenzeit ist Gemeinderat Ivo Begic eingetroffen. Der Gemeinderat besteht somit aus 39 Mitgliedern, das absolute Mehr beträgt weiterhin 20.

141. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros per 29. Oktober 2025 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Mathias Kienast, Fraktion Die Mitte/EVP)

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Es wird eine Nachfolge von Matthias Kienast gesucht. Auch ihm einen herzlichen Dank für seinen Einsatz im Wahlbüro. Das Vorschlagsrecht hat die Fraktion Die Mitte/EVP.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Wir schlagen Ihnen als Nachfolgerin für den zurückgetretenen Matthias Kienast Antje Kienast vor. Sie ist 18 Jahre alt, besucht aktuell die Pädagogische Maturitätsschule in Kreuzlingen und ist zweifelsohne für die Tätigkeit im Wahlbüro geeignet. Danke euch für die Unterstützung unseres Vorschlags.

Abstimmung

Antje Kienast wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

142. Botschaft Nr. 31 «Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2026»

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Mit Botschaft Nr. 31 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 9. September 2025 haben wir das Budget 2026 der Stadt Frauenfeld, von Thurplus und des Alterszentrums Park erhalten. Als Erstes steht das Eintreten zur Debatte, danach folgt die Detailberatung, in der Änderungs- und Rückweisungsanträge gestellt werden können. Ich bitte Sie, die allgemeinen Voten zu Budget, Botschaft oder Finanzplan erst zu Beginn der Detailberatung zu halten.

Nach dem allgemeinen Teil werden wir die Unterlagen registerweise durchgehen. Dabei können Anträge zu einzelnen Positionen gestellt werden. Grundlage für die Diskussion sind die Botschaft und das Budget, wie es der Stadtrat vorgelegt hat, inklusive der Änderungen der GPKs gemäss dem lachsfarbenen Papier. Wir werden die Departemente im Register 3 inklusive Investitionen in Register 6 departementsweise und nicht seitenweise durchgehen. Allfällige Anträge können direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen mit Seitenzahl, Kontonummer bzw. Investitionsnummer und Betrag, falls dies noch nicht geschehen ist. Dasselbe gilt auch für die Anträge zu den Budgets von Thurplus und des Alterszentrums Park in den Registern 7 und 8. Zum Ende werden wir über die Anträge der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

Eintreten

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und

Administration: Heute am 12. November öffentlich über dieses Budget zu sprechen, ist irgendwie speziell. Letztes Jahr war es ziemlich genau einen Monat später, nämlich am 12. Dezember. So taten wird das auch all die Jahre zuvor, seit ich im Gemeinderat bin, sozusagen als Jahresabschluss. Weder ist neu immer besser, noch sollten wir an Dingen festhalten, wenn wir etwas verbessern können. Der neue Budgetprozess, um den geht es kurz im Eintreten, bringt viele Vorteile, natürlich aber auch Nachteile mit sich. Wir sind generell froh, wird der Budgetprozess früher angegangen und hat genug Luft, um noch Fragen detailliert zu klären und im Rahmen der verfügbaren Zeit zu abgestimmten Ergebnissen in der Vorbereitung der Botschaftsberatung zu kommen. Der Prozess wurde insgesamt noch einmal reviewt, und es gab einige Optimierungen, was sehr geschätzt wird. Dass sich dabei einzelne Dinge nun noch einspielen müssen, liegt in der Natur der Sache. Das soll in keiner Form davon abhalten, dies weiterzuverfolgen. Durch die frühere Budgetierung müssen auch mehr Budgetpositionen mit Annahmen unterlegt werden, da aktuellste Zahlen aus dem laufenden Jahr fehlen. Zudem führt die frühere Budgetierung zu etwas mehr Stress, das ist uns bewusst, welcher teilweise aber auch der Neuartigkeit dieses Prozesses geschuldet ist. In der GPK wurde auch darauf hingewiesen, dass andere Schwankungen und Unsicherheiten wohl den grösseren Effekt haben und daher der Prozess nach aktuellem Stand durchaus zu begrüssen ist. Wir, die GPK-Präsidiien und die zuständigen Personen in der Stadtverwaltung, werden diesen Prozess sicherlich nochmals vertieft besprechen, damit eine Budgeterstellung und -beratung bestmöglich erfolgen kann. Das Eintreten als solches ist unbestritten.

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Detailberatung

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und

Administration: Die budgetierten Rechnungsergebnisse sehen wie folgt aus: Die Stadtverwaltung macht ein Plus von 1.69 Mio. Franken, das AZP ein kleines Plus von rund 100'000 Franken und Thurplus ein Plus von 6.4 Mio. Franken. Man könnte also sagen: stabil und ansehnlich. Oder nach Alt-Bundesrat Ogi: Freude herrscht. So könnte man das Total von 7.83 Mio. Franken Gewinn bei einem Umsatz von rund 259 Mio. Franken oder einer positiven Marge von 3 % interpretieren. Nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig.

Leider wird aus der Botschaft aber auch klar, dass wohl bei der Stadt selbst wie auch bei Thurplus der Gewinn aus Finanzeffekten kommt und nicht aus dem operativen Betrieb. So ist das Ergebnis bei der Stadt aus betrieblicher Tätigkeit ein Verlust von 1.84 Mio. Franken. Bei Thurplus ist es mit rund 200'000 Franken verhältnismässig knapp positiv budgetiert. Das AZP mit 100'000 Franken Gewinn, also einer schwarzen Null, ist sehr erfreulich. Dort sind aber auch noch enorm viele Unsicherheiten vorhanden, und budgetiert wurden die positiven Effekte aus der Umstrukturierung basierend auf einem Monat Erfahrung. Dazu wird Ihnen die zuständige Behörde später sicher noch Details erläutern. Somit soll zwar letztlich ein Gewinn erzielt und das Eigenkapital vorsichtig erhöht werden können, betreffend Liquidität hilft das aber nicht. Zudem ist es weiterhin so, dass wir betrieblich als gesamte Stadt ein Minus schreiben, wenn auch mit rund 1.5 Mio. Franken Verlust im Betriebsergebnis geringer, was positiv hervorzuheben ist.

Darüber, was das bedeutet, ist man sich nicht wirklich einig. In der Vergangenheit wurde an dieser Stelle von allen Seiten leicht panisch reagiert, würde ich behaupten. Es wurden drastische Massnahmen gefordert, und auch der Stadtrat hat sich selber ein Korsett auferlegt, mit welchem er offensichtlich nicht zufrieden ist. So wurde, für uns zum Glück, eine Überarbeitung der Finanzstrategie seitens Stadtrat angekündigt, was wir als GPK sehr begrüßen. Es ist an der Zeit, dass der Stadtrat sich hier einerseits klar positioniert und dies zukunftsgerichteter macht. Dafür ist ein ausgewogener Weg notwendig, dass bestehende Infrastruktur bedarfsgerecht erhalten wird und wertbringende Investitionen getätigt werden, während selbstverständlich die Ausgaben im Auge behalten werden. Was dies konkret heisst, welche Investitionen und Ausgaben das sind, da herrscht in der GPK sachgemäss nur teilweise Einigkeit und wird durch die politischen Parteien und Fraktionen unterschiedlich interpretiert. Wichtig ist aber zu sagen, dass wir uns im aktuellen Rahmen sozusagen in einem Deadlock befinden, da es uns lähmt, in Bezug auf die Liquidität einerseits ständig von schlechter Finanzlage zu sprechen, gleichzeitig aber jedes Jahr einen sieben- oder achtstelligen Gewinn zu schreiben. Wir erwarten zeitnah eine klare Positionierung seitens Stadtrat, welche aus diesem Dilemma herausführt. Als Zwischenbemerkung des Sprechenden und nicht von der GPK: eine Vorwärtsstrategie. In dieses Horn stösst aber auch die GPK und verweist auf die hängige Motion zu Aufgaben der Stadt und dazu die anstehenden erhöhten Investitionen in den kommenden Jahren. Diese Investitionen müssen finanziert werden. Dafür gibt es aber unterschiedliche Wege. Nebst der vom Stadtrat genannten Erhöhung des Steuersubstrats als Mittel können auch andere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, so zum Beispiel Fremdkapital, welches es für die Stadt weiterhin relativ günstig zu beziehen gibt. Die GPK ist dahingehend geeint, dass Benchmarks eine spannende Auskunft geben, ob von uns gelebte Traditionen und Verständnis vielleicht auch anders sein könnten – ausserhalb der Stadtgrenzen. Mit dem Wegfall der Liegenschaftensteuer 2029 sowie der rechnungsseitig guten Jahre aus der Achtjahrebetrachtung ist es wichtig, das kantonsgegebene Haushaltsgleichgewicht nicht komplett ausser Acht zu lassen. Sie sehen, ein grosses

Minenfeld also. Somit gilt es zu hoffen, dass die Rechnung die Freude am Budget nicht dämpft, sondern weiter antreibt und für weitere Zuversicht am Horizont sorgt.

Somit kommen wir zu den Anträgen resp. der Beschlussfassung. Die durch den Stadtrat vorgelegten Anträge wurden durch die GPK als Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeiten für den Gemeinderat wie auch für das Stimmvolk gesehen. Die Mündigkeit des Gemeinderats und des Stimmvolks ist definitiv genug gross, um diese zu trennen. Daher stimmen wir heute über die Anträge gemäss lachsfarbenem Papier und somit getrennt über Steuerfuss und Budget ab. Die GPKs haben die Anträge wie folgt bewertet: Antrag 1 Besoldung einstimmig angenommen, Antrag 2 Steuerfuss einstimmig angenommen, Antrag 3 Budget von allen GPKs einstimmig angenommen, Antrag 4 einstimmig angenommen und Antrag 5 auch einstimmig angenommen.

Nun zum Ende aber noch ein wichtiges Anliegen: Gern möchte ich im Namen der GPKs den grossen Dank an das gesamte Team aussprechen, welches hier unter Federführung von Reto Angehrn und in enger Abstimmung mit den Amtsleitungen dieses vorliegende Budget erstellt und wie immer auch mehrfach überarbeitet hat. Dieser Aufwand ist bekanntlich gross, aber hilft massgeblich, die Finanzen und Geschäfte der Stadt zu steuern und letztendlich auch zu bewerten. Der neue Budgetprozess mag erst mal beschwerlich sein, langfristig aber für alle Seiten von Vorteil. Danke, dass ihr das mitträgt.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten für den vorliegenden Voranschlag. Es ist, was die Stadtverwaltung anbelangt, das kann man wohl so sagen, ein unaufgeregtes Budget. Das ist sicher nicht schlecht, verleitet aber auch nicht zu Freudensprüngen. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder die teils massiven Kostensteigerungen im betrieblichen Aufwand diskutiert und auch kritisiert. Solche sind zwar auch für das kommende Jahr budgetiert, bewegen sich aber wie im letzten Jahr in einem erträglichen Rahmen. Das sorgt für halbwegs entspannte Stimmung, die dann durch den Blick in den Finanzplan bzw. auf den Finanzbedarf in den kommenden Jahren gleich wieder ziemlich vermiest wird. Damit will ich keineswegs schwarzmalen und schon gar nicht den Boden bereiten für die Forderung nach künftigen Steuererhöhungen, wie das in der Botschaft unnötigerweise getan wird. Aber es ist klar, dass die Verantwortlichen bei der Stadt und natürlich auch wir als Gemeinderat weiterhin gefordert sind, wenn eine finanzielle Schiefelage verhindert werden soll. Was das bedeutet, ist klar. Ich erspare euch die Wiederholung der alljährlich floskelhaften Forderungen wie etwa betreffend die Trennung des Notwendigen vom Wünschenswerten.

Ein Punkt in diesem Kontext ist aber hervorzuheben, das ist uns ein Anliegen. Es bleibt uns nämlich ein Dorn im Auge, dass die Stadt gerade im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung mitunter etwas überschiess. Natürlich wollen auch wir keinen Stillstand. Wir wollen, dass etwas passiert, dass entwickelt wird, und das darf durchaus auch etwas kosten. Aber wenn immer und immer neue Projekte angegangen werden, wird irgendwann nur noch geplant und nichts mehr realisiert. Diese Tendenz besteht leider auch in Frauenfeld, zumindest ist das unser Empfinden. Dann kommt wieder die Klage, dass Kapazitäten fehlen und neue Stellen geschaffen werden müssen, um die ganzen Aufgaben irgendwie bewältigen zu können. Bei dieser Ausgangslage wäre etwas weniger manchmal definitiv mehr.

In der Vergangenheit haben wir in diesem Kontext beispielsweise unser Unverständnis dafür ausgedrückt, dass die Stadt auf dem Areal Gaswerkstrasse für mehrere Millionen eine Wohnüberbauung bis zur Stufe Baubewilligung entwickeln möchte. Ein aktuelles Beispiel

bildet das Land der ehemaligen Stadtgärtnerei, wo offenbar Ähnliches beabsichtigt wird. Wenn man unendliche finanzielle und personelle Ressourcen hat, kann man das natürlich machen. Für Frauenfeld gilt das aber bekanntlich nicht. Da erwarten wir vom Stadtrat ganz klar eine stärkere Fokussierung auf das Wesentliche. In diesem Sinn ist auch unser angekündigter Antrag, die Streichung der Position Nr. 00774 Koordination Siedlung und Verkehr entlang Hauptverkehrsachsen zu verstehen. Die Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens ist aus unserer Sicht nicht gegeben oder zumindest nicht genügend erkennbar.

Aus denselben Gründen, so viel sei bereits an dieser Stelle gesagt, werden wir auch Änderungsanträge ablehnen, die zu Mehrausgaben führen. Zumindest eine Mehrheit unserer Fraktion ist klar der Meinung, dass nicht wieder einzelne Positionen herausgepickt werden können, die dann zulasten anderer, ebenso berechtigter Anliegen bevorzugt werden. Zugleich sind die Bemühungen von Stadtrat und Verwaltung anzuerkennen, uns ein akzeptables Budget zu präsentieren. Dieses sollten wir unterstützen, statt es mit gegenläufigen Anträgen zu unterlaufen. Thurplus präsentiert erneut ein solides Budget und kommt weiterhin ohne Fremdmittel aus. Etwas bedauerlich ist, dass bis dato noch nicht mitgeteilt wurde, wie die Neuerungen bei der Einspeisevergütung ab 2026 umgesetzt werden. Da erwarten wir eine zeitnahe Kommunikation.

Was schliesslich das Budget des AZP anbelangt, ist einigermaßen unübersehbar, dass es von einem Sanierer begleitet wurde. Wenn die ambitionierten Zahlen im Bereich der Besoldung Pflege erreicht werden, wäre das sicher eine beachtliche Leistung. Trotz Mehraufwand bei der Informatik und für die Machbarkeitsstudie resultiert sogar ein kleiner Gewinn, was gerade im Vergleich zur Rechnung 2024 sicher positiv zu werten ist.

Im Ergebnis wird die Fraktion Die Mitte/EVP dem vorliegenden Budget der Stadtverwaltung samt unverändertem Steuerfuss und den Budgets AZP und Thurplus einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Zuerst möchten wir uns bei allen am Budget Mitwirkenden für den grossen Einsatz bedanken – es ist jedes Jahr ein ziemliches Werk. Das Budget selber sehen wir in gewisser Weise als Übergangsbudget oder, wie erwähnt wurde, unaufgeregt an. Das Stadtpräsidium hat gewechselt, das erste Planungsjahr wird eher zurückhaltend oder eben unaufgeregt angegangen. Für uns verständlich, obwohl Baustellen wie zum Beispiel das Gesamtkonzept Sportanlagen weiterhin offen sind.

Wir sind im mittlerweile üblichen Szenario unterwegs. Das betriebliche Ergebnis der Stadt endet mit Verlust, welcher mit dem Finanzierungsergebnis ausgeglichen wird, in der Regel mit Sondereffekten. In den letzten Jahren waren es die Neubewertungen, dieses Jahr ist es die Umwidmung der Stadtgärtnerei in der Grössenordnung von etwa 3 Mio. Franken. Fazit: Ein Plus und damit das betriebliche Ergebnis gedreht, aber eben weiterhin ein strukturelles Defizit.

Die Investitionen entsprechen ebenfalls dem Terminus Übergangsbudget. Knapp 9 Mio. Franken für die Stadt, keine grösseren Projekte. Was uns ins Auge sticht, ist, dass von diesen 9 Mio. Franken rund 7 Mio. Franken für Verkehr und Entwässerung aufgewendet werden, also Strassen. Der Finanzplan erhöht diese Beträge in den nächsten Jahren nochmals massiv. Gleichzeitig hat sich die Stadt entsprechend ihrer Finanzstrategie, welche nur noch bis 2027 gilt, auf 12 Mio. Franken Investitionsausgaben pro Jahr limitiert. Wenn wir nun jedes Jahr in der Grössenordnung von 6 bis 8 Mio. Franken für Ausbau, Sanierung und Instandhaltung der Strasseninfrastruktur aufwenden, ist das ein sehr hoher Anteil. Effektiv würden uns lediglich 4 bis 6 Mio. Franken pro Jahr bzw. etwa 20 bis 30 Mio. Franken über die nächsten fünf Jahre

zur Verfügung stehen, um alle anderen anstehenden Investitionen zu tätigen. Und eben gemäss Finanzplan ja noch weniger. Wir wollen deshalb, dass der Stadtrat die Ausgaben für die Strassen überprüft. Sind unsere hohen Kosten strukturell bedingt? Bauen wir zu viel? Sanieren wir zu häufig? Ich habe die Zahlen kurz mit einigen anderen Thurgauer Städten wie Kreuzlingen oder Arbon verglichen. Im Verhältnis zu den Einwohnern sind die Ausgaben für Strassen dort wesentlich tiefer. Hier zu überprüfen, zu vergleichen und genau hinzuschauen, ist angesichts der Grössenordnung der Kosten wichtig und sinnvoll. Wichtig und sinnvoll vor allem, wenn wir im Blick haben, was die nächsten fünf Jahre mehr an Grossprojekten auf uns zukommt. Wir alle kennen sie: Casino, AZP, Aussiedlung der Werke, Busdepot, Sportanlagen und wahrscheinlich noch mehr. Das geht für uns nicht ganz auf. Für uns und wohl alle hier im Rat ist es offensichtlich, dass das Investitionsbudget für die nächsten Jahre erhöht werden muss. Die spannende Frage wird sein, wie wir dies finanzieren. Der Stadtrat hat das ebenfalls erkannt. Er schreibt in der Budgetbotschaft in Kapitel 4.10 auf S. 23 «Um längerfristig die aktuell durchschnittlichen Investitionen auch selber finanzieren zu können, müsste der Steuerfuss um 8 bis 10 Prozentpunkte erhöht werden.» Und weiter unten: «Die aktuell geplanten durchschnittlichen, jährlichen Nettoinvestitionen von 12 Mio. Franken werden in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um die Infrastruktur à jour zu halten. Nur schon à jour exklusive Grossprojekte.»

Also was tun? Ich will nicht einfach nach Steuern schreien, das ist nicht per se eine Lösung. Aber der Vorteil an einem unaufgeregten Budget ist, dass es Gelegenheit gibt, in die Zukunft zu schauen. Was sicher nötig ist, ist die Überprüfung der sogenannten Finanzstrategie, die bis 2027 gilt. Das wurde vom Stadtrat bereits angekündigt, darüber sind wir froh. Für uns ist es wichtig, dass nicht einfach wieder willkürlich irgendwelche Zahlen proklamiert werden, die völlig an der Realität vorbeigehen, sondern dass auch das Wie adressiert wird. Der Stadtrat hat diese Absicht bekräftigt, und wir sind positiv gespannt, wie die neue Finanzstrategie aussehen wird.

Es gibt verschiedene Ideen zum Wie hinsichtlich der Finanzierung. Hier eine kurze Liste der Möglichkeiten.

- Wir hoffen auf mehr Steuerertrag. Die Stadt wächst, die Steuerkraft auch, vielleicht reicht das aus.
- Wir senken die Kosten. Das ist die Variante FDP. Das ist einmalig mit sehr viel Energie, Lärm und Unruhe verbunden, wenig ergiebig und aus unserer Sicht kaum nachhaltig.
- Wir erhöhen die Steuern. Vielleicht nötig, aber natürlich unpopulär, was wir auch verstehen.
- Wir verkaufen Liegenschaften. Da fahren wir aber wohl besser, wenn wir die Liegenschaften behalten und Fremdkapital aufnehmen. Oder es gäbe da auch noch das Baurecht.
- Zuletzt: Wir können auch andere Finanzierungsquellen finden, zum Beispiel Mehrwertabschöpfungen und diverse andere, die mir vielleicht gerade nicht einfallen.

Wir sind grundsätzlich offen für intelligente und nachhaltige Überlegungen, die uns wieder etwas näher an die Realität bringen. Die bisherige Planung von Grossprojekten bei gleichzeitigem Einschränken von Investitionen und Einnahmen hat sich für uns doch etwas schizophren angemutet. Wir wollen für die Zukunft einen verantwortungsvollen Umgang hinsichtlich laufender Kosten, aber gleichzeitig auch ein klares Bekenntnis zu Investitionen, die Frauenfeld weiterbringen und das, was unsere Stadt ausmacht, erhalten.

So viel zum Grundsätzlichen, aber natürlich haben auch wir noch einzelne Feststellungen zum Budget. Die IT-Kosten über alle Bereiche sind wesentlich höher. Das ist im Grundsatz

kein Problem, den Ausgaben wurde über eine Volksabstimmung zugestimmt. Die Jahr für Jahr höheren Kosten machen sich aber doch sehr bemerkbar bei einem sonst nur knapp ausgeglichenen Budget. Wir hoffen sehr, dass im Gegenzug die angekündigten Effizienzgewinne auch realisiert werden können und dass auch ein Auge darauf geworfen wird.

Der Stadtrat erwähnte, dass die Anschaffung von Elektrobussen und Investition in die Elektroinfrastruktur Mehrkosten verursacht habe. Das mag sein, umgekehrt haben wir weniger Abgase, weniger Lärm und sind nachhaltiger unterwegs. Wir sehen das als positiven Trade-off an, wo man eben auch Mehrkosten in Kauf nehmen darf und soll.

Bezüglich des AZP sind wir uns bewusst, dass die Budgetierung aufgrund der laufenden Reorganisation schwierig ist. Für uns muss das Jahr 2026 zeigen, dass die laufende Reorganisation nicht nur zu kurzfristigen Erfolgen, sondern langfristig und nachhaltig zu einer Veränderung auf der Ausgabenseite hinsichtlich der Kostenstruktur führt. Die hohen Unterhaltskosten, die auch die jetzigen Sparbemühungen erschweren, zeigen auf, welche Hypothesen entstehen, wenn nicht vorausschauend geplant und investiert, sondern einfach hinausgeschoben wird. Dies sollte uns eine Warnung für die Zukunft sein.

Zuletzt ist es uns wichtig, dass bei allem, was los ist, dass Personal nicht vergessen wird. Motiviertes und kompetentes Personal ist die wichtigste Ressource für die Sicherstellung einer gut funktionierenden Stadt. Der positive Effekt ist nicht immer direkt messbar, zunehmende Vernachlässigung ebenfalls nicht. Irgendwann nach einigen Jahren macht es sich aber bemerkbar. Mitarbeitende haben innerlich gekündigt, ziehen weiter, Kompetenz und Motivation gehen verloren. Im AZP haben wir exemplarisch gesehen, wie dies schliesslich eben doch auf die Kosten durchdrückt. Daraus wieder herauszukommen, ist schwierig, braucht Energie und verursacht netto oftmals Mehrkosten.

Wir appellieren an den Stadtrat, vorausschauend und nachhaltig zu planen hinsichtlich der Finanzstrategie, der Investitionen, aber vor allem auch hinsichtlich der Menschen, die sich für die Stadt einsetzen, sei es in der Kultur, im Verein, in der Freiwilligenarbeit oder eben auch als Mitarbeitende der Stadt. Diese Menschen mit den Ressourcen der Stadt zu unterstützen, zeigt sich nicht direkt in einem Budget, zahlt sich aber kurz-, mittel- und langfristig aus.

Gemeinderätin Miriam Frei (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Ein herzlicher Dank geht an die Finanzverwaltung und alle Mitarbeitenden, die mit grossem Engagement und Professionalität an diesem Budget gearbeitet haben. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für das Vertrauen in unsere Verwaltung und unsere Politik. Wie schon Elio Bohner sagte, freut es uns ganz besonders, dass der Budgetprozess um eineinhalb Monate vorverschoben wurde und mehr Zeit für die Fraktionen und die GPK zur Vorbereitung blieb. Wir als Fraktion CH/Grüne/GLP haben einstimmig beschlossen, das Budget 2026 anzunehmen. Doch auf einige uns wichtige Themen werden wir nun detaillierter eingehen.

Auslandshilfe: Der Stadtrat sieht für die Auslandshilfe einen sehr viel kleineren Betrag vor als vor zwei Jahren und in den vielen Jahren davor. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass er die Auslandshilfe nicht noch stärker zusammengestrichen hat. Weltweit nehmen die Krisenherde zu, man denke etwa an den Nahostkonflikt, den Krieg im Sudan oder die globalen Folgen der Klimaerwärmung. Auslandshilfe ist eine staatliche Aufgabe, durchaus auch auf kommunaler Ebene. Wir hätten uns gewünscht, dass der Stadtrat dafür eine klare Rechtsgrundlage erarbeitet. Auch wenn ein vom Stadtrat in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zum Schluss kommt, der Stadtrat sei nicht dazu verpflichtet, so hätte er dennoch die Möglichkeit dazu gehabt. Dass er diese Chance nicht ergriffen hat, bedauern wir. Daher ist es unserer Fraktion wichtig, dass wir diesen Beitrag in den kommenden Jahren wieder erhöhen.

AZP: Unsere Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat und die Zentrumsleitung daran sind, die finanzielle Schieflage, in die das AZP geraten ist, zu korrigieren. Gleichzeitig möchten wir die Verantwortlichen dazu aufrufen, bei allen Sparbemühungen immer auch mitzubedenken, dass im AZP Menschen arbeiten und verletzte Menschen wohnen. Diesen allen gilt es Sorge zu tragen. Wir sehen aber auch die Bemühungen hierzu vom Stadtrat für Angehörige der Bewohner und haben das auch in Gesprächen von unseren Fraktionsmitgliedern mit Mitarbeitenden gesehen. Für 2026 präsentiert der Stadtrat ein ausgeglichenes Budget. Mit etwas Verwunderung haben wir registriert, dass beim Erstellen offenbar der Geschäftsverlauf eines einzelnen, besonders guten Sommermonats 2025 eine zentrale Rolle gespielt hat. Wir fragen uns daher, ob da nicht zu optimistisch budgetiert worden ist. Unserer Fraktion ist es wichtig, dass die AZP-Finzen nicht nur kurzfristig, sondern nachhaltig ins Lot gebracht werden. Der Erfolg von Sanierungsbemühungen zeigt sich nicht in einem Budget. Ob die eingeleiteten Sanierungsbemühungen nachhaltig sind, wird sich in den Rechnungsabschlüssen der Folgejahre zeigen, erstmals in eineinhalb Jahren in der Rechnung 2026.

Spielplätze: Bei den Spielplätzen der Stadt gäbe es Innovationsbedarf. Unserer Meinung nach sollte man die Investitionen jetzt dringend tätigen, um auch den jüngsten Bewohnern unserer Stadt und ihren Familien eine familienfreundliche Gemeinde zu bieten, die ihr UNICEF-Zertifikat auch verdient. Dazu freut mich persönlich besonders das neue Chrabbelkafi im Treffpunkt Kaserne für Eltern mit Kindern und Babys, das die Lücke nach der bedauernden Schliessung des Familienzentrums vor einigen Jahren füllt. Nicht zu vergessen der Mutter-Kind-Treff im Quartier Treffpunkt an der Oberwiesenstrasse, von Freiwilligen geführt, der unentgeltlich interkulturellen Austausch und ein niederschwelliges Informationsangebot bietet und sich grosser Beliebtheit erfreut. Das ist ein weiterer Ort, wo sich verschiedene Menschen verschiedenster Herkunft kennenlernen, austauschen und Freundschaften entstehen können.

Kulturpolitik: Unsere Fraktion unterstützt zudem die Erhöhung der Beiträge für die Stadt- und Jugendmusik und das KAFF mit einem Antrag. Die Stadt- und Jugendmusik leisten einen wichtigen und wertvollen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt. Sie repräsentieren Frauenfeld am offiziellen Anlässen und fördern den musikalischen Nachwuchs in enger Zusammenarbeit mit der Jugendmusikschule. Da sie im Gegensatz zu anderen Vereinen kein städtisches Probelokal nutzen können und für ihr Mietlokal die vollen Kosten tragen müssen, entsteht eine finanzielle Benachteiligung, weshalb die Beitragserhöhung gerechtfertigt ist. Das KAFF wird nun seit mehr als 20 Jahren mit viel Herzblut mehrheitlich ehrenamtlich von engagierten jungen Menschen betrieben und besitzt eine überregionale Ausstrahlung. Die letzte Leistungsvereinbarung aus dem Jahr 2010 ist überholt und entspricht nicht mehr der heutigen Realität der Branche noch den gestiegenen Betriebskosten.

Steuerfuss: Für unsere Fraktion ist es in Ordnung, dass es im kommenden Jahr keine Erhöhung des Steuerfusses geben wird. Allerdings wird es mit dem derzeitigen Steuerfuss schwierig sein, die bevorstehenden Projekte und Investitionen in unserer Stadt zu realisieren. Wir sind daher der Ansicht, dass in den kommenden Jahren im Rahmen der Finanzplanung eine Erhöhung notwendig sein wird. Darum, wie es ein Fraktionsmitglied treffend formulierte: Lasst uns eine attraktive, lebenswerte Stadt schaffen, indem anstehende Investitionen getätigt werden. Die beste Chance ist jetzt.

Gemeinderat Thomas Schwarz (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:

Unsere Fraktion bedankt sich zunächst für die Ausarbeitung des Budgets bei allen Beteiligten. Es ist eine grosse Herausforderung, in diesen Zeiten und bei diesem Spardruck ein Budget zu

erstellen. Unsere grundsätzliche Position ist, die Fraktion SVP/EDU wird dem Budget mit Vorbehalten zustimmen. Nicht etwa, weil wir in allen Punkten einverstanden sind, sondern es ist vielmehr im Sinne der Gesamtinteressen der Stadt Frauenfeld, die bestehenden Herausforderungen anzugehen und Kontinuität zu gewährleisten. Allerdings geschieht dies mit erhobenem Mahnfinger und vier konkreten Forderungen.

Unsere erste Forderung ist eine Priorisierung und Investitionsplanung. Unsere grösste Kritik richtet sich gegen die fehlende klare Priorisierung der zahlreichen Vorhaben. Die Stadt Frauenfeld steht vor gewaltigen Investitions Herausforderungen wie das Alterszentrum Park, die Auslagerung des Werkhofs, der Umbau des Casinos, die Stadtkaserne, die Sportinfrastruktur auf der Allmend, Strassensanierungen und weitere Projekte. Diese Vorhaben summieren sich auf eine dreistellige Millionenhöhe. Wir fordern vom Stadtrat eine ehrliche und transparente Darstellung dieser Investitionsvorhaben mit klarem Meilensteinplan und einer nachvollziehbaren Priorisierung. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht darauf zu erfahren, in welcher Reihenfolge diese Projekte angegangen werden und was für finanzielle Auswirkungen inklusive möglicher Steuererhöhungen damit verbunden sind. Unserer Meinung nach müssen die zur Verfügung stehenden Mittel für die notwendigen und direkt anstehenden Infrastrukturausgaben priorisiert werden. Wir brauchen zunächst eine funktionierende Infrastruktur in unserer Stadt, um dann die Entwicklung aktiv gestalten zu können. Als erstmals an einer Budgetdebatte in diesem Rat teilnehmender Gemeinderat erlaube ich mir die Forderung, Gemeinderat Beda Stähelin, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen.

Die scheinbaren Sparmassnahmen: Unsere Fraktion stellt fest, die vorgelegten Sparmassnahmen umfassen keine echten Einsparungen, sondern Verschiebungen von Aktivitäten auf kommende Jahre und Stellenbesetzungen, die aufgeschoben sind. Jedes Jahr wiederholt sich das gleiche Muster. Globale Sparvorgaben werden formuliert, doch die konkreten Massnahmen lassen zu wünschen übrig. Projekte werden verschoben, Stellen später besetzt, aber die Ausgaben bleiben strukturell bestehen. Wir fordern echte Sparmassnahmen, und diese müssen bei den Aufgaben ansetzen und nicht bei einer zeitlichen Verschiebung. Es braucht eine grundlegende Aufgabenprüfung. Erschwerend kommt zudem hinzu, dass durch permanente Kontenverschiebungen zwischen den Departementen Vergleiche mit den Vorjahren erschwert werden. Diese mangelnde Transparenz ist unbefriedigend.

Das Personalwachstum: Ein weiterer Kritikpunkt betrifft das Personalwachstum. Wir sehen mit 350 zusätzlichen Stellenprozenten eine Entwicklung, die wir kritisch hinterfragen müssen. Besonders problematisch ist die Überführung von temporären Stellen in permanente Anstellungen. Was als befristete Projektarbeit beginnt, wird regelmässig zu dauerhaften Positionen, ohne dass die ursprünglichen Aufgaben zwingend weiterbestehen. Wir erwarten vom Stadtrat eine restriktive Haltung bei Stellenaufstockungen, insbesondere bei der Umwandlung befristeter Stellen in Festanstellungen. Jede neue Stelle muss durch eine nachweislich notwendige Daueraufgabe gerechtfertigt sein. Der vorgesehene Stellenplan auf der letzten Seite gibt zudem keine perspektivische Aussicht über die zu erwartenden Stellen. Dies ist für die mittelfristige Personalplanung entscheidend. Entsprechend bitten wir, das künftig im Budget zu konkretisieren.

Auf S. 47 des Budgets werden die strukturellen Probleme angesprochen, welche Massnahmen und Diskussionen ausserhalb des Budgetprozesses erfordern. Hier stimmen wir zu. Trotz vieler Einsparungen und Streichungen wird die Leistungserbringung immer schwieriger. Es müssen Freiräume geschaffen werden, aber nicht nur durch mehr Personal

oder höhere Budgets, sondern durch konsequente Hinterfragung der Aufgaben der öffentlichen Hand. Was soll die Stadt Frauenfeld wirklich leisten und wo müssen Standards angepasst werden? Diese Diskussion muss geführt werden.

Zu Thurplus und dem Alterszentrum Park gibt es von unserer Fraktion keine grundsätzlichen Einwände. Die Budgets sind unter den gegebenen Rahmenbedingungen nachvollziehbar.

Beim AZP nehmen wir die eingeleiteten Verbesserungsmassnahmen erfreut zur Kenntnis. Vergleichbare Massnahmen gilt es auch in anderen Bereichen zu prüfen.

Fazit: Das Budget ist kein Budget nach unseren Vorstellungen. Es bleibt ein strukturelles Problem, und das wird nicht konsequent genug angegangen. Unsere Fraktion fordert daher eine klare, transparente Investitionsplanung mit einer Priorisierung der wesentlichen Vorhaben, echte Sparmassnahmen durch eine Überprüfung der Aufgaben, eine restriktive Haltung beim Personalwachstum und mehr Transparenz durch konsistente Budgetstrukturen.

Trotz dieser Vorbehalte werden wir im Sinne der Gesamtinteressen mit klar erhobenem Mahnfinger den Anträgen zustimmen. Bezüglich dem Antrag in Ziff. 3 für Erhöhungen werden wir alle Erhöhungen gegenüber dem aktuellen Budget ablehnen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Lassen Sie mich zuerst ein paar grundsätzliche Überlegungen zum Budget machen. Ich orientiere mich dabei an unserem Zielbild für Frauenfeld. Unsere Stadt soll ein attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten sein. Für Familien, für Unternehmen, für Menschen ein Ort für Innovationskraft und hohe Wertschöpfung. Wir wollen, dass Frauenfeld im Standortwettbewerb vorne mitspielt und Menschen mit Steuerkraft anzieht. Wie erreichen wir das? Mit Rahmenbedingungen, die das ermöglichen. Dazu gehören eine leistungsfähige Infrastruktur, verlässliche Dienstleistungen und ein attraktives Umfeld für Unternehmen. Doch diese Aufgabe wird immer anspruchsvoller. Die Finanzlage ist angespannt, nicht nur in Frauenfeld, sondern auf allen Staatsebenen. Wir erleben eine Finanzdelegation nach unten. Der Bund wälzt Kosten auf die Kantone ab, statt zu sparen. Die Kantone wiederum geben diese Lasten an die Gemeinden weiter, statt zu sparen. Am Ende bleibt nur noch der Steuerzahler als letzter Zahler. Wir als Stadt sind das letzte Glied in dieser Kette. Eine weitere Überwälzung ist nicht mehr möglich, ohne die Attraktivität unseres Standorts zu gefährden. Tiefe Steuern und echter Steuerwettbewerb sind entscheidend für die Standortattraktivität. Wer glaubt, man könne die Herausforderungen einfach durch Steuererhöhungen lösen, gefährdet die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Niemand von uns kann einfach fehlende Mittel beschaffen, sondern jeder von uns muss sich einschränken. Das muss man sich auch für die Stadt Frauenfeld als Maxime vornehmen.

Die Kernfrage lautet: Was können wir uns leisten? Die Kostenkurve für Wohnraum, Energie, Steuern und Gebühren kennt nur eine Richtung – sie zeigt nach oben. Wir wollen aber keine Umverteilung oder Vollkaskoversicherung durch den Staat, denn allen sollte klar sein, der Staat sind wir. Also zahlen wir die Zeche. Nichts ist gratis zu haben.

Wir stehen für liberale Lösungen, mehr Effizienz, mehr Innovation, mehr Eigenverantwortung. Daraus folgt für uns, wir erwarten echte und gezielte Einsparungen und keine Alibiübungen. Die Verwaltung muss schlank und effizient werden. Digitalisierung, Automatisierung und der Einsatz von KI sind keine Schlagworte. Diese Instrumente sind gezielt einzusetzen und müssen zu messbaren Einsparungen führen. Die Personalkosten dürfen nicht weiter steigen, und neue Stellen sind nur zu schaffen, wenn sie durch Effizienzgewinne gegenfinanziert werden. Investitionen müssen nach Wirkung und Notwendigkeit priorisiert werden. Baugenehmigungen sind rascher zu erteilen. Keine

Verhinderungspolitik, keine langwierigen Verfahren. Leistungsvereinbarungen sind regelmässig zu überprüfen, und Aufgaben und Kosten müssen sich an Benchmarks mit vergleichbaren Städten orientieren.

Die Stadt kann und darf nicht überall gleichzeitig als Eigentümerin, Investorin und Betreiberin auftreten. Gerade in Zeiten von knappen Ressourcen braucht es Offenheit für neue Modelle und eine klare Fokussierung auf die Rolle der Stadt.

Zum Budget im Einzelnen: Der ausgewiesene Ertragsüberschuss von 1.7 Mio. Franken ist nur dank ausserordentlichen Liegenschaftsbewertungen möglich. Buchgewinne sind kein Cashflow. Sie zahlen keine Strassen und keine Schulden.

Die Nettoinvestitionen liegen mit rund 9 Mio. Franken unter dem Zielwert, aber in den Folgejahren steigen sie deutlich an. Das Risiko eines Investitionsstaus ist real. Restbuchwerte steigen deutlich. Die Investitionspipeline nach 2026 wird bei über 12 Mio. Franken pro Jahr liegen. Das erhöht den Druck auf Abschreibungen und Finanzierungen. Die Schulden steigen, das Nettovermögen sinkt. Mittelfristig droht eine Nettoschuld, das ist ein Warnsignal.

Die Steigerung des Steuersubstrats bleibt unklar. Wir fragen: Welche konkreten Massnahmen wurden ergriffen, um neue Steuerzahler und Unternehmen zu gewinnen?

Konkrete Punkte zu den einzelnen Bereichen:

Finanzen und Zentrales: Prioritäten, es wurde bereits mehrfach gefordert, nach Umsetzungsreife: Wir warten immer noch auf die Roadmap.

Steuersubstrat: Was für konkrete Massnahmen gibt es hier zur Erhöhung? Gibt es zum Beispiel proaktive Ansiedlungsstrategien für Unternehmen? Gibt es eine aktive Bodenpolitik für das Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen, die heute hier in Frauenfeld bestehen?

Kommunikation und Wirtschaft: Insgesamt ein Plus von 140'000 Franken: Gibt es dazu messbare Ziele? 200 Medienmitteilungen pro Jahr versenden ist nett, aber was Frauenfeld braucht, um die formulierten Ziele des Stadtrats punkto Steuersubstrat zu erreichen, ist gezieltes Standortmarketing.

Bau und Verkehr: Sie haben es sicher in den Zeitungen gelesen und auch im Budget gesehen: Wegfall der KVA-Rückerstattungen von rund 350'000 Franken pro Jahr und Haftungsfragen. Was bedeutet das finanziell für die Stadt Frauenfeld? Wir haben zu diesem Thema an der heutigen Sitzung eine einfache Anfrage eingereicht.

Gesellschaft und Soziales: Zur Auslandshilfe halten wir fest, dass gemäss Rechtsprüfung keine Pflicht für die Mechanik der 2 Promille der direkten Steuern besteht. Für uns wichtig ist ein lokaler Fokus. Auslandshilfe ist Sache des Bundes.

Sozialhilfe, Asyl: Die Fallzahlen sind für 2026 stabil, aber ab 2027 drohen Beitragskürzungen durch Bund und Kanton. Wie will darauf reagiert werden? Die Einführung einer neuen, digitalen Klientenverwaltung begrüssen wir und erwarten, dass damit Effizienzgewinne einhergehen.

Bei Thurplus sehen wir hohe Investitionen bei einem Gesamtgewinn von 6 Mio. Franken, der vor allem durch die Auflösung von Aufwertungsreserven zustandekommt. Die Investitionen in der Höhe von 24.8 Mio. Franken sind vor allem im Bereich der Fernwärme West sowie Ausbau und Verdichtung der Fernwärme ARA geplant. Aufgrund des hohen Finanzvermögens können diese trotz tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 38 % weiterhin selber gedeckt werden. Aber für das Budget 2026 bleibt ein Finanzierungsfehlbetrag von 8 Mio. Franken bei den Investitionen.

Alterszentrum Park: Wir anerkennen die Arbeit des Sanierers, der das Zentrum nach Jahren der Defizite wieder auf Kurs gebracht hat. Wir erwarten, dass der Betrieb unter der neuen Leitung ab Januar 2026 stabilisiert wird und sich eine tragfähige, betriebswirtschaftlich gesunde Unternehmenskultur entwickelt. Hinsichtlich der anstehenden Reorganisation vertreten wir dezidiert die Meinung, dass die Stadt nicht mehr wie bis anhin in der Rolle als Eigner, Betreiber und Investor involviert sein darf. Nein, die Thurmed AG macht es im Thurgau vor, wie ein erfolgreicher Betrieb im Gesundheitsbereich aufzustellen ist.

Unser Fazit: Wir wollen, dass Frauenfeld eine Stadt bleibt, in der man sich zu Hause fühlt, weil sie lebendig, offen und bezahlbar ist. Wir wollen aber auch, dass die Menschen spüren, hier wird mit ihrem Geld, meinem Geld sorgfältig umgegangen. Hier zählt nicht nur, was möglich ist, sondern was sinnvoll ist. Wir wissen, sparen – mittlerweile ein Unwort in diesem Rat – ist anstrengend. Es ist wie beim Renovieren. Man muss auf das eine verzichten, um das andere zu ermöglichen. Aber wir tun das nicht aus Prinzip, sondern weil wir das Haus Frauenfeld für alle erhalten wollen. Als FDP stehen wir für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik. Wir fordern deshalb nochmals: Prioritäten setzen und auch Nein sagen können. Die Verwaltung soll effizient sein. Digitalisierung und moderne Arbeitsweisen sollen nicht nur Schlagworte sein. Das automatische Wachstum der Personalkosten ist zu stoppen. Neue Stellen dürfen nur geschaffen werden, wenn sie wirklich nötig sind und an einer anderen Stelle eingespart werden. Wenn durch Digitalisierung Aufgaben wegfallen, muss das auch im Stellenplan sichtbar sein. Wir haben in den letzten Jahren mehr Stellen geschaffen, als dies durch das Bevölkerungswachstum erklärbar ist. Wir müssen an die nächste Generation denken. Investitionen sollen möglichst aus laufenden Erträgen finanziert werden und nicht auf Pump. Wir wollen keine Schuldenberge hinterlassen, sondern Handlungsspielraum für die Zukunft sichern.

Wir danken allen Angestellten der Stadt und der angeschlossenen Betriebe ausdrücklich für ihren Einsatz zugunsten eines attraktiven und für die Zukunft gestärkten Frauenfelds. Wir werden den Budget entsprechend zustimmen.

Stadtpräsident Claudio Bernold (FDP): Zuerst einmal herzlichen Dank für die positiven Voten, aber auch für die mahnenden Worte aus dem Rat und auch die Ideen, die uns mitgegeben wurden. Herzlichen Dank, wir haben dies sehr wohl gehört.

Das Budget ist unspektakulär. Jawohl. Aber Sie haben uns im Prozess doch auch stark gefordert. Die Leitplanken der Finanzstrategie haben wir eingehalten. Der Personal- und Sachaufwand bleibt unter 55.3 Mio. Franken, die Nettoinvestitionen liegen mit 8.9 Mio. Franken unter der Grenze von 12 Mio. Franken, und der Steuerertrag bewegt sich in Richtung 55 Mio. Franken. Damit erfüllen wir eigentlich alle Ziele der laufenden Finanzstrategie. Eigentlich. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 84 %. Man kann sagen: Ziel erreicht, aber die Zukunft sieht auch nicht so rosig aus. Das müssen wir auch zugeben. Die Nettoverschuldung bleibt unter 1'000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner, und das Eigenkapital ist mit über 80 Mio. Franken eigentlich solide. Auch hier eigentlich. Von Seiten des Gemeinderats wurde auch hier der Mahnfinger erhoben, auch zu Recht, denn die Prognosen deuten in eine andere Richtung.

Kurz gesagt: Wir müssen weiterhin diszipliniert handeln, ohne die Entwicklung unserer Stadt zu bremsen, aber auch ohne eine klare Trendwende einleiten zu müssen oder zu dürfen. Wir wollen eine Trendwende einleiten.

Werfen wir einen kurzen Blick nach vorn. Wir wissen, die aktuelle Finanzstrategie endet 2027, und die Aufgaben werden nicht kleiner. Darum arbeiten wir an einer neuen, längeren Finanzstrategie. Das wurde bereits angekündigt und haben wir auch schon in den Voten

gesehen. Die Strategie soll uns durch die kommenden Jahre tragen mit einem realistischen Blick auf wachsende Investitionen und natürlich auch dem Wegfall von anderen Leistungen, die wir erhalten, wie bspw. die Liegenschaftensteuer, die ab 2029 wegfällt. Unser Ziel muss klar sein: stabile Finanzen, tragbare Verschuldung, eine Priorisierung der Projekte und vor allem Handlungsspielraum für die Zukunft behalten.

Auch im Budget 2026 haben wir in den Ämtern Sparanstrengungen unternommen. Wir haben Prioritäten gesetzt, Projekte verschoben, Prozesse optimiert und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben viel in diesen Prozess investieren müssen. Dafür von meiner Seite ein herzlicher Dank.

Die Motion Vontobel/Widmer Gubler steht kurz vor ihrem Abschluss. Der Bericht wird nun erstellt. Dieser Bericht liefert uns für die Zukunft auch Steuerungswissen, das wir dringend benötigen. Damit können wir künftig unsere Aufgaben- und Leistungsüberprüfung gezielter und faktenbasierter angehen. Wir wollen die Stadt aber auch nicht totsparen, sondern wissen, wo Aufwand und Nutzen im richtigen Verhältnis stehen. Das ist der Weg zu einer effizienten Verwaltung und zu einem starken Staat.

Bei den anstehenden Investitionen wollen wir verantwortungsvoll handeln und damit die Zukunft sichern. In den Folgejahren werden grössere Projekte anstehen, und diese Investitionen sind notwendig, um die Stadt funktionsfähig und lebenswert zu erhalten. Wir haben vorhin von Gemeinderat Vontobel auch gehört, wir brauchen eine starke Wirtschaft und ein starkes Gewerbe, denn diese garantieren uns auch einen konstant guten Steuerertrag. Und eine tote Stadt, eine veraltete Infrastruktur, ein sparsames Kultur- und Vereinsleben – das zieht keine neuen Firmen an und auch keine neuen Bewohnende. Das müssen wir uns auch bewusst sein. Darum: Wer heute zu wenig investiert, zahlt morgen doppelt inklusive Zinsen und natürlich auch mit verpassten Chancen.

Zusammen mit Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wollen wir die anstehenden Projekte angehen. Dafür brauchen wir eine vernünftige finanzielle und zeitliche Planung, aber auch eine Portion Entschlossenheit und Überzeugung, dies auch anzugehen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zur Kulturförderung sagen. Die kulturelle Vielfalt in Frauenfeld ist auch ein Aspekt unserer Lebensqualität. Dennoch haben wir Jahr für Jahr Diskussionen zur lokalen Kulturförderung. Auch wenn es nicht alle gern hören, Kulturförderung ist eine öffentliche Aufgabe auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, ohne aber gesetzliche Vorgaben über die bereitzustellenden Beiträge zu definieren. In Frauenfeld haben wir ein reichhaltiges, vielfältiges Kulturangebot. Wir haben grosse Events und Veranstaltungen, die schweizweit Publikum anziehen, aber auch kleine Veranstaltungen für die Bevölkerung vor Ort. Wir entscheiden nicht nach persönlichem Geschmack oder nach Klischees, sondern nach dem Mehrwert für unsere kulturelle Vielfalt.

Noch zum Steuerfuss: Wir wollen jetzt Stabilität, aber wir müssen offen sein für Diskussionen in der späteren Zukunft. Aktuell bleibt der Steuerfuss, das haben wir so auch klar gesagt. Aber wenn die anstehende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung abgeschlossen ist und wir ein realistisches Bild der zukünftigen Investitionen inklusive Zeitschiene haben, dann müssen wir die Diskussion wieder sachlich führen. Nicht als Tabu, sondern als Teil einer vorausschauenden Finanzplanung. Denn wir wollen verhindern, dass die nächste oder übernächste Generation für das Geradestehen muss, was wir heute unterlassen.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Ich glaube, Frauenfeld bleibt handlungsfähig. Das Budget 2026 ist kein Sparbudget, aber auch kein Wunschzettel. Es ist realistisch, ausgewogen und zeigt, dass wir versuchen, diszipliniert zu handeln und gezielt zu

investieren. Aber wir sparen auch mit Vernunft und wollen langfristig denken. Ich danke der Verwaltung und dem Stadtrat für die grosse Arbeit und Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die konstruktive Diskussion.

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Grundlage für die Diskussion ist die Budgetvorlage des Stadtrats.

Departement 1 für Finanzen und Zentrales

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK hat die Botschaft für das Budget 2026 betreffend das Departement 1 für Finanzen und Zentrales am 2. Oktober ausführlich beraten. Die Sitzung dauerte 4 Stunden. Hier folgen einige Auszüge aus der Diskussion.

Zur Botschaft auf S. 9 fragte jemand, ob die 0.65 % Erhöhung der Lohnsumme (Antrag 1) für alle gleich sei. Der Vertreter der Stadt erklärte, dass individuell geschaut wird und nicht nach dem Giesskannenprinzip verteilt wird. Der Teuerungsausgleich werde weniger sein als 1 % wie budgetiert, was das Ergebnis verbessere.

Generell ging es in der Diskussion auch immer wieder um die anstehenden Investitionen der Zukunft. Einem Mitglied der GPK ist aufgefallen, dass auf S. 20 und 21 der Botschaft Steuerfusserhöhungen in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, um die hohen zukünftigen Investitionen finanzieren zu können.

Zu den Stellenanpassungen auf S. 25, Kapitel 4.12, fiel einem Kommissionsmitglied negativ auf, dass netto 350 Stellenprozente geschaffen wurden und dies, obwohl Stellen bei der Pflanzenproduktion wegfielen. Seiner Meinung nach hätten maximal netto null erreicht werden sollen. Insbesondere der Umstand, dass aus Praktikumsstellen Festanstellungen werden, ist für ihn störend. Es wurde darüber diskutiert, dass das Wort Praktikumsstelle verhänglich ist. Ein Vertreter der Stadt erklärte, dass immer mehr Kommunikation gefordert sei, auch durch das Öffentlichkeitsprinzip. Er sagte, dass bereits vor Langem informiert worden sei, dass so ein Praktikum spätestens 2026 ins Budget aufgenommen werde und das somit eigentlich einer befristeten Stelle entspreche. Das Lohnniveau sei allerdings tiefer als bei einer regulär unbefristeten Stelle.

Nachdem die Botschaft durchberaten war, ging es zur Erfolgsrechnung in Register 3.

S. 66, Artengliederung:

Einem Mitglied fiel auf, dass beim Konto 313 die Dienstleistungen und Honorare um 2 Mio. Franken ansteigen und fragte, wie sich das erklären lasse. Der Vertreter der Stadt sagte, dass in der Gruppe 31 Sach- und übrige Betriebsaufwand knapp 2800 Konten enthalten seien. Auch grosse Positionen seien darin enthalten. Mehr als 1 Mio. Franken seien in Mehrkosten der IKT begründet, zudem seien auch die Stadtbusmehrkosten für den Transportauftrag von 314'000 Franken hier enthalten.

An verschiedenen Stellen war in der GPK das neue Lohnbudgetierungssystem Thema. Es ergeben sich dadurch einige Veränderungen. Auf S. 38 zum Beispiel fiel einem Kommissionsmitglied auf, dass die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals in der Gruppe 1200 im Konto 3010.00 pauschal um 100'000 Franken steigen. Der Vertreter der Stadt erklärte, dass im neuen Lohnbudgetierungssystem zum Beispiel Dienstaltersgeschenke direkt einkalkuliert würden. Mit der Korrektur von 100'000 Franken sollen auch etwaige Fehler des noch neuen Systems ausgeglichen werden.

Auf S. 84 wollte jemand wissen, was die Regionalplanungsgruppe im Konto 3636.27 so mache. Der Vertreter der Stadt erklärte, dass sich die Gruppe um die regionale Entwicklung sowie um das nachhaltige Zusammenspiel von Stadt und Land kümmere. Der Bund gebe vor, dass jede politische Gemeinde Teil einer Regionalplanungsgruppe sei. Schlussendlich liege der Nutzen neben vielen anderen Pluspunkten zum Beispiel darin, dass es eine ansprechende Webseite gebe, welche wiederum den Tourismus ankurble sowie auch zu Zuzügen führe.

Weiter wurde lange über die nun allorts anfallenden internen Verrechnungen diskutiert, so zum Beispiel in mehreren Positionen auf S. 86. Diese nützen der gerechten Verteilung und auch dem Kostenbewusstsein der einzelnen Abteilungen, zum Beispiel wie viel die Nutzung der IKT wirklich kostet. Es gehe neu viel mehr um eine verursachergerechte Budgetierung der Kosten bei den Ämtern, erklärte ein Vertreter der Stadt.

S. 104, Kontogruppe 1310, Position 3636.01.14:

Beitrag an das Jugendkulturzentrum KAFF: Jemand wollte wissen, warum nun wieder eine Erhöhung beantragt werde, die letztes Jahr vom Gemeinderat nicht gutgeheissen wurde. Der Vertreter der Stadt erklärte, dass es viele Gründe für eine Erhöhung gebe. Das Angebot entspreche einem Bedarf. Der Kanton habe eine Vollkostenrechnung verlangt. Letztmals wurde der Unterstütsungsbeitrag auf das Jahr 2010 erhöht. Damals sei die Welt noch eine andere gewesen. Heute zum Beispiel konsumieren die KAFF-Gäste viel weniger. Wie der Vertreter der Stadt erklärte, ist das KAFF-Team auch daran, sich kulturell zu diversifizieren. Es werden immer wieder Zusammenarbeiten gesucht und realisiert. Unzählige Stunden werden ehrenamtlich geleistet, und man betreibe auch Fundraising. Ein Mitglied der GPK lobte das sehr gut begründete KAFF-Gesuch, welches der GPK zugestellt wurde. Jemand fand, dass eine Stadt mit bald 27'000 Einwohnenden ein möglichst diverses Kulturangebot braucht, und dazu gehöre unbedingt auch das KAFF. Kultur sei auch andernorts nicht selbsttragend.

S. 107, Sozialraum, Konto 3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck:

Jemand wollte den Hintergrund zur geplanten Erhöhung um 10'000 Franken erfahren. Wie der Vertreter der Stadt sagte, wurden zu den bestehenden 37'000 Franken erstmals budgetwirksam 10'000 Franken für Quartierprojekte eingerechnet. Dies gemäss der Quartierentwicklungsstrategie. Eigentlich wollte man 10'000 Franken pro Quartier- und Dorfverein einsetzen, nun wurde aber auf ein Minimum gekürzt. Die bestehenden 37'000 Franken werden zum Beispiel eingesetzt für die Weihnachtsbeleuchtung in den Quartieren, Kinderbaustelle, Quartierzeitung usw.

Im Vorfeld der Beschlussfassung stellte ein Kommissionsmitglied folgenden Antrag betreffend Aufteilung der Anträge auf S. 49 der Botschaft: Der Antrag 2 sei umzuformulieren, ein neuer Antrag 3 sei zu formulieren und darin Steuerfuss und Budget auseinanderzunehmen. Die GPK stimmte dem Antrag mit 6 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Diese neuen Anträge sind auf dem lachsfarbenen Papier zu finden. Letztlich stimmte die GPK Finanzen und Administration dem stadträtlichen Antrag für individuelle Besoldungsanpassungen um 0.65 % und für Leistungsprämien 0.1 % der gesamten Lohnsumme mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Dem neuen Antrag 2, der Steuerfuss für das Jahr 2026 wird bei 62 % festgelegt, stimmte die GPK mit 7 Ja-Stimmen ebenfalls einstimmig zu.

Dem neuen Antrag 3, das Budget der Stadtverwaltung für das Jahr 2026 sei zu genehmigen, stimmte die GPK ebenfalls mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

1310 Kultur

Gemeinderat Tobias Lenggenhager (CH), Referent im Namen der Fraktion

CH/Grüne/GLP: Im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP stelle ich den Änderungsantrag zum Budget 2026 der Stadt Frauenfeld zum Kapitel 1310 Kultur. Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

Die Förderbeiträge an die Vereine Stadtmusik Frauenfeld, Jugendmusik Frauenfeld und Projekt KAFF werden auf die von den Vereinen benötigten und von der Kulturkommission empfohlenen Beträge angepasst.

Das betrifft die Konten 3636.01.07 Betrag an Stadtmusik Frauenfeld von 40'000 Franken auf neu 45'000 Franken; das Konto 3636.01.08 Beitrag an Jugendmusik Frauenfeld von 42'000 Franken auf neu 47'000 Franken; das Konto 3636.01.14 Beitrag an Jugendkulturzentrum KAFF von 60'000 Franken auf 70'000 Franken.

Zur Ausgangslage, weshalb wir diesen Antrag formulieren: Durch die Umstellung des Budgetprozesses hat der Stadtrat das Budget 2026 verabschiedet, noch bevor die Kulturkommission ihre Empfehlung zu den Förderbeiträgen an die kulturschaffenden Vereine abgeben konnte. Entgegen der Empfehlung der Kulturkommission, die eine vollumfängliche Berücksichtigung der beantragten und nachweislich benötigten Beiträge vorsah, hat der Stadtrat mit der Sparkeule bei drei Institutionen nicht nachvollziehbare Kürzungen von insgesamt 20'000 Franken vorgenommen. Wie hingegen echtes Sparen aussehen könnte, hatte sich bereits in diesem Jahr gezeigt. Durch konstruktive Gespräche mit Vereinen mit solider Finanzlage konnten entgegen dem Budget 2025 bereits Einsparungen von über 40'000 Franken erzielt werden, ohne dass dabei die kulturelle Arbeit geschwächt wurde.

Die Frauenfelder Vereine sind tragende Säulen unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie schaffen Begegnung, Zusammenhalt und Identität, getragen von unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit. In diesem Sinn danke ich auch dem Votum von Stadtpräsident Claudio Bernold in diese Richtung. Die betroffenen Vereine haben in ihren ausführlichen Gesuchen transparent dargelegt, welche Unterstützung sie benötigen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Und hier sind wir klar nicht beim Wünschbaren, sondern beim Benötigten. Ihre beantragten Beträge sind sachlich begründet und realistisch. Eine Vereinheitlichung der Förderbeiträge, wie sie die SVP wohl noch beantragen wird, ist ein ungerechtes Giesskannenprinzip. Die kulturschaffenden Vereine haben einen ausgewiesenen Unterschied in ihren Leistungsvereinbarungen und sind entsprechend dieser Unterschiede differenziert zu unterstützen. Oder wäre die SVP auch dafür, dass bei den Subventionen an die Landwirtschaftsbetriebe diejenigen mit 2 ha Land und fünf Kühen gleich viel Geld bekommen wie diejenigen mit 20 ha Land und 50 Kühen? Ich denke nicht.

Zurück zu unseren Vereinen: Auch die Kulturkommission, die diese Gesuche fachlich geprüft hat, empfahl dem Stadtrat ausdrücklich, die beantragten Beiträge in voller Höhe zu übernehmen. Dass der Stadtrat bei Vereinen, egal welcher Institution, Kürzungen vornimmt, ist weder hilfreich noch finanziell relevant. Es handelt sich um Symbolpolitik auf Kosten des freiwilligen Engagements in unserer Stadt. Mit diesem Änderungsantrag soll korrigiert werden, was in der Sache nicht überzeugt: die volle Unterstützung jener, die tagtäglich das kulturelle Leben in Frauenfeld tragen.

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:

Ich stelle den Antrag zu S. 104, Konto 3636.01.14 Beitrag an Jugendkulturzentrum KAFF:

Das Konto 3636.01.14 ist von 60'000 Franken um 10'000 Franken auf den Betrag von 50'000 Franken zu senken.

Zur Begründung: Das KAFF soll im gleichen Rahmen wie die Stadtmusik und Jugendmusik Frauenfeld einen höheren Beitrag im Vergleich zum Budget 2025 erhalten. Wir sind der Meinung, dass diese Vereine gleichbehandelt werden sollen bezüglich der Beitragserhöhung im Budget. Das KAFF wird zudem voraussichtlich vom Kanton mit einer stolzen sechsstelligen Summe unterstützt werden. Unserer Meinung nach sollte das KAFF auch mit 50'000 Franken von der Stadt seine Aufgaben erfüllen können. Ehrenamtliche Arbeit wird in sehr vielen Vereinen geleistet, und es kann nicht sein, dass mit Steuergeldern dieses Ehrenamt finanziert wird, da dies zu Ungleichheit unter den Vereinen führt.

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Da es sich bei den Anträgen der Fraktion CH/Grüne/GLP sowie SVP/EDU zum Konto 3636.01.14 um gleichrangige Anträge handelt, wird der Päckchenantrag der Fraktion CH/Grüne/GLP auseinandergenommen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Das Jugendkulturzentrum KAFF hat uns dieses Jahr zusätzliche Unterlagen sowie ein Budget für das Jahr 2026 zugestellt. Danke dafür. Dazu habe ich folgende Bemerkungen:

Irgendetwas mache ich falsch. Oder ich bin mein Leben lang in den falschen Vereinen aktiv gewesen und bin es immer noch. Meine Tätigkeiten waren bis anhin immer ohne Entschädigung. Im Gegenteil. Auch als Vorstandsmitglied habe ich jeweils den Vereinsbeitrag bezahlt, und diesen natürlich aufgerundet. Daher erstaunt es mich schon, dass die Personalaufwände um 350'000 Franken oder 370 % steigen und auch Sitzungsgelder ausbezahlt werden. Aber vermutlich ist das heute so. Erstaunt hat mich ebenfalls die Tatsache, dass bei den Einnahmen Bar sowie beim Sachaufwand Getränke die gleiche Zunahme von 20'000 Franken budgetiert ist. Müsste es nicht das Ziel sein, mit Getränken einen Gewinn zu erwirtschaften? Denn eines will ich nicht, nämlich dass Stadt und Kanton günstige Preise für alkoholische Getränke subventionieren.

Und nun noch das Letzte: Welcher Verein kann heute noch in einem Jahr Rückstellungen als Reserve von 30'000 Franken bilden und diese auch noch budgetieren? Bei allen Vereinen schauen wir, dass das Vermögen abgebaut wird, und hier wird neues gebildet. Leider können wir dies nicht abschliessend beurteilen, da uns keine Bilanz vorgelegt wurde. Eigentlich wollte ich nur diese Bemerkungen machen und keinen Antrag stellen. Nun haben wir deren zwei. Und egal wie die Abstimmung verläuft, mehr Geld gibt es sowieso.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Eigentlich bin ich nicht so sehr irritiert über den Antrag der Fraktion SVP/EDU. Der war nicht anders zu erwarten. Mich irritiert vielmehr die Begründung. Es ist doch – Entschuldigung die Wortwahl – absurd zu sagen, es müssen alle über einen Kamm geschoren werden. Die Beiträge sind aus gutem Grund unterschiedlich ausgelegt. Das ist, wie wenn ich sagen würde, ich gebe den Vereinen, weil die Bauern nur 10'000 Franken bekommen, auch nur 10'000 Franken im Jahr. Wovon sollen die denn leben? Genau so ist es leider einfach falsch. Da kann ich aus verschiedenen Vereinen berichten. Viele der grösseren Vereine, da geht es mir gar nicht unbedingt um das KAFF, die unserer Stadt und anderen Städten etwas Gutes tun, kommen nicht mehr mit reiner Fronarbeit zurecht. Wenn wir das ändern wollen, dann machen wir das nicht durch Budgetkürzungen, sondern dann machen wir das, weil wir alle noch mehr anpacken. Und da meine ich ja nicht einmal diesen Rat, der arbeitet ja bekanntlich nicht zu grossem Gewinn, sondern grundsätzlich wir als Gesellschaft. Aber jetzt einzelnen Vereinen das Budget zu kürzen, ist einfach schade und tut denen weh, die es am wenigsten verdient haben.

Gemeinderätin Alessandra Biondi (SP), Referentin im eigenen Namen: Auch ich möchte mich zum Antrag der Fraktion SVP/EDU äussern. Gleiches ist nach Massgabe seiner Gleichheit gleich, Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln. Einer meiner ersten juristischen Lehrsätze. Wenn Sie nun bei allen Organisationen einfach 15'000 Franken erhöhen, lassen Sie ausser Acht, dass der Stadtrat seinen Vorschlag aufgrund der detaillierten und konkreten Eingaben der Organisationen getätigt hat. So beantragte die Stadtmusik einen Beitrag von 45'000 Franken, die Jugendmusik einen solchen von 47'000 Franken und das KAFF einen solchen von 70'000 Franken. Der Stadtrat hat dann gleichmässig eine Kürzung von etwa 10-15 % bei den Organisationen vorgenommen. Das kann man gut oder schlecht finden. Wenn man nun aber beim KAFF einfach 10'000 Franken mehr kürzt, dann wird Gleiches nicht gleich, sondern ungleich behandelt, und man entscheidet aus meiner Sicht gestützt auf persönlichen Vorlieben. Und das geht aus meiner Sicht nicht. Ich beantrage deshalb, dass der Antrag abgelehnt wird.

Gleichzeitig unterstütze ich die Kulturförderung in der Stadt Frauenfeld und deshalb den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im eigenen Namen: Ich möchte Sie bitten, die Landwirtschaft hier aus dem Spiel zu lassen. Sie können jetzt lachen. Sie haben es nicht verstanden. Subventionen sind das nicht, das sind Leistungen, die Direktzahlungen. Das geht nach Fläche, nach Tier, nach X Sachen, also ist das etwas ganz anderes. Ich bitte Sie, dieses zu unterlassen. Dass diese drei Vereine, die mehr bekommen, eine Forderung stellen, noch mehr zu bekommen, finde ich doch etwas vermessen.

Stadtpräsident Claudio Bernold (FDP): Bei den beiden Positionen der Stadtmusik und der Jugendmusik Frauenfeld geht es nicht einfach um Vereinsbeiträge, sondern grundsätzlich um zwei tragende Säulen des kulturellen Lebens. Die Stadtmusik ist die offizielle musikalische Vertreterin der Stadt. Sie tritt bei städtischen Anlässen, Festen und Konzerten auf und prägt so das öffentliche Leben in Frauenfeld. Mit rund 50 Mitgliedern braucht sie ein entsprechend geeignetes Übungslokal mit guter Akustik, Isolation und genügend Platz. Im Multiplex 1 wurde ein solcher Raum geschaffen, allerdings mit erheblichen Zusatzkosten für den Vermieter. In den letzten drei Jahren wurde die Miete über den Kulturfonds mitfinanziert. Und diese Anschubfinanzierung läuft nun aus.

Ähnlich verhält es sich bei der Jugendmusik, die ebenfalls mit rund 50 Mitgliedern unseren musikalischen Nachwuchs fördert. Sie arbeitet eng mit der Musikschule und der Stadtmusik zusammen und nutzt dieselbe Infrastruktur.

Der Stadtrat hat alle Ämter angewiesen, vernünftige Einsparungen vorzunehmen, auch im Wissen, dass Kürzungen im Kulturbereich nie populär sind. Die Frage, ob die Stadt solche Übungsräume mitfinanzieren muss, ist berechtigt. Der Stadtrat erwartet deshalb von den Vereinen, dass sie künftig mehr Sponsoring betreiben und eigene Einnahmen generieren. Trotzdem: Stadtmusik und Jugendmusik leisten Jahr für Jahr einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Identität Frauenfelds. Sie stehen für Engagement, Nachwuchsförderung und Zusammenhalt.

Noch zur Kulturkommission: Die Kulturkommission, welche eine beratende Funktion innehat, hat die Kürzung der Beiträge bedauert. Leider fand die Sitzung der Kulturkommission nach der Stadtratssitzung statt, was ich persönlich sehr bedaure und was wir im kommenden Jahr zwingend ändern müssen. Wir haben der Kulturkommission unseren ganzheitlichen Ansatz der Sparbemühungen in allen Ämtern dargelegt, und dass wir auch das Amt für Kultur und Stadtleben nicht aussen vor lassen konnten.

Nun noch zum KAFF: Das KAFF ist nebst Eisenwerk, Theaterwerkstatt und Cinema Luna eine der wichtigsten Kulturinstitutionen Frauenfelds. Es bietet mehrere Anlässe pro Woche und zieht ein breites Publikum an und wird mit enorm viel Ehrenamtlichkeit betrieben. Die letzte Leistungsvereinbarung stammt von 2010, und seither haben sich die Kosten, die Strukturen und die gesamte Musik- und Veranstaltungslandschaft stark verändert. Nun liegt erstmals ein Vollkostenbudget mit realistischen Beträgen vor, wobei 27 % der Aufwendungen durch Eigenleistungen, also auch Lohnverzicht, kompensiert werden.

Kulturförderung ist eine öffentliche Aufgabe und sollte unabhängig von persönlichen Vorlieben erfolgen. Dass Institutionen wie das KAFF mehr Unterstützung erhalten als kleinere Vereine, liegt an ihrem regelmässigen, professionellen Betrieb und ihrem vielfältigen Programm. «Frauenfeld rockt» und beispielsweise die Kantonsschule sind auch dort dabei. Es ist also nicht ein gezielt einseitiges Programm, sondern ein vielseitiges. Gleichzeitig erwarten wir auch, dass die Veranstalter eigene Einnahmequellen und Sponsoring weiter ausbauen und eigene Einnahmequellen auch wirklich suchen. Das geht auch über Mitgliederbeiträge. Das KAFF ist da bereits dran und verdient dafür auch die nötige finanzielle Grundlage, um den wichtigen Beitrag in unserem kulturellen Frauenfeld auch weiter fortsetzen zu können. Eine neue Leistungsvereinbarung ist da von unserer Seite zwingend notwendig und muss gemacht werden.

Der Stadtrat empfiehlt dem Rat, die im Budget definierten Beiträge zu belassen und lehnt alle anderen Anträge aus seiner Sicht ab. Ich lade Sie dazu ein, diese kulturelle Arbeit in allen Bereichen, in allen kulturellen Vereinen aktiv zu besuchen, denn dann unterstützen Sie sie auch finanziell und natürlich auch mit Ihrer Anwesenheit.

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Ich möchte mit der Fraktion CH/Grüne/GLP Rücksprache halten, ob sie an allen drei Anträgen festhält, da diese nun auseinandergenommen werden. – Ich vernehme das mit Kopfnicken.

Abstimmung

Gegenüberstellung der Anträge der Fraktion CH/Grüne/GLP sowie SVP/EDU:

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP obsiegt mit 18 Stimmen über den Antrag der Fraktion SVP/EDU mit 11 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP zum Konto 3636.01.14 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen (Die Mitte), Referentin im eigenen

Namen: Am Donnerstag, 30. Oktober war ich auf Einladung der Stadt- und Jugendmusikleitung im Multiplex und habe mich über ihr Anliegen in ihrem aktuellen Probelokal informieren können. Es ist tatsächlich so, dass sich der Präsident der Stadtmusik und die Präsidentin der Jugendmusik mit ihrem Antrag an den Stadtrat vom Juli 2025 weit herausgelehnt haben. In diesem haben sie klar und transparent ihre Vereine und vor allem die aktuelle Probesituation dargelegt. Sie mieten seit dem 1. April 2022 im Geschäftshaus Multiplex ein 245 m² grosses Probelokal, welches akustisch hervorragend und fast schalldicht ist. Die offizielle Vertretung der Stadtmusik zur Finanzierung hat der Stadtpräsident vorhin erläutert. Warum ich mich hier für die Stadt- und Jugendmusik einsetze und euch davon überzeugen möchte, der Erhöhung und somit der Empfehlung der Kulturkommission zu folgen, zähle ich stichwortartig auf: Die Vereine sind schon lange, also jahrelang auf der

Suche nach einem passenden Probelokal. Mit Vertretenden der Stadt wurden diverse und vielfältige Gespräche geführt. Es gab grosse Hoffnung und Vertröstungen auf die Stadtkaserne und vage Aussagen für einen Platz dort. Die Zusicherungsabsichten mit der Stadtkaserne haben sich wegen der 50-Personengrenze als nicht brauchbar und lösbar erwiesen. Aktuell besteht keine Aussicht auf die Stadtkaserne, was ursprünglich der Plan oder die Abmachung gewesen wäre. Die beiden Musikvereine haben sich viele weitere und mögliche Lokale in Frauenfeld angeschaut. Es gibt schlicht keines, welches dem aktuellen Mietverhältnis im Multiplex nahekommt. Die Räume haben Tageslicht und können gelüftet werden. Der gute akustische Standard ist ein Beitrag, dass die Stadt- und Jugendmusik ihr hohes Niveau pflegen können. Der Präsident der Stadtmusik hat betont, wie wichtig es wäre, wenn die Stadt einen Beitrag zur relativ hohen Miete beitragen würde. Er setzt sich auch dafür ein, dass eine langfristige Lösung gefunden werden kann. Im Moment brauchen sie diese Erhöhung der Leistungsvereinbarung, weil sie sonst in ihrem Budget schlicht keine Zahlen mehr sehen. Jedes Mitglied ist für sein Instrument selber verantwortlich und zahlt im Schnitt 2'000 Franken für Unterhalt und Reparatur, nebst dem Mitgliederbeitrag von 200 Franken pro Jahr.

Ich wiederhole mich vielleicht. Da capo und Dissonanz im Vergleich zu Sportvereinen eigentlich auch. Dennoch, in diesem Fall mache ich es trotzdem. Vereine, welche städtische oder schulische Liegenschaften nützen können, haben indirekte Subventionen, welche weder in der Rechnung der Stadt noch in den Vereinsrechnungen ersichtlich sind. Sportvereine trainieren auf Sportplätzen und in Sporthallen, welche von der Stadt erstellt wurden und ohne Umlage der Vollkosten zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtmusik und Jugendmusik sind diesbezüglich benachteiligt, weil sie ein Probelokal haben, wo Vollkosten umgelagert werden müssen. Sie können auch nicht eine Infrastruktur mitnutzen, wie ein Turnverein in einer Turnhalle die Geräte benützen darf. Es gibt keinen einzigen Raum für Musikproben in Frauenfeld, welcher von der Stadt geführt und zu vertretbaren Preisen zur Verfügung gestellt wird.

Ein bisschen Zukunftsmusik: Ein Haus der Musik oder Chöre wäre für alle multifunktional und praktisch, dies einfach, damit ich es gesagt habe.

Ich erwähne noch, dass dem Dirigenten viel zu wenig bezahlt wird. Vergleichbare Erstklassvereine in der Ostschweiz zahlen beinahe 10'000 Franken mehr im Jahr. Die vielen positiven Seiten und Auswirkungen auf Hirn und Gesundheit des Musizierens sowie eines aktiven Vereinslebens muss ich an dieser Stelle nicht wiederholen. Kein da capo also. Zu guter Letzt eine hoffnungsvolle Nachricht: Es wird eine Clubmitgliedschaft für Freunde und Partner und natürlich Interessierte geben. Dies braucht jedoch seine Aufbauzeit.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Im Sinn, dass viele Anlässe in Frauenfeld weiterhin flott musikalisch umrahmt werden, bitte ich um Zustimmung beim Konto 3636.01.07 um Erhöhung von 5'000 Franken auf 45'000 Franken und beim Konto 3636.01.08 um 5'000 Franken auf 47'000 Franken gemäss Empfehlung der Kulturkommission.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP zu Konto 3636.01.07 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP zum Konto 3636.01.08 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Departement 2 für Bau und Verkehr

Gemeinderat Tobias Lenggenhager (CH), Referent im Namen der GPK Bau und

Werke: Die GPK Bau und Werke hat das Budget 2026 des Departements als wohl einzige GPK in zwei Sitzungen am 29. September und am 27. Oktober vertieft behandelt. Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Finanzchef Reto Angehrn, Leiter AHS Robert Scherzinger und Leiter ATV Sascha Bundi haben unsere zahlreichen Fragen ausführlich beantwortet. Vielen Dank auch all den Mitarbeitenden dieses Departements für die Erarbeitung des Budgets und dass wir dieses nun bereits im November beraten können.

Das Departement hat die Budgetvorgaben eingehalten. Trotz punktuellen Einsparungen sind verschiedene Kostensteigerungen unvermeidlich, etwa durch die IKT-Erneuerung, höhere Transportkosten im Stadtbusbetrieb, gesetzlich bedingte Bauprogramme der SBB oder die Integration des Facility Managements neu ins Amt für Hochbau und Stadtplanung. Auch der anstehende Umzug an den Bankplatz verursacht einen Mehraufwand. Mit der Integration des Facility Managements ins Amt für Hochbau und Stadtplanung wird eine organisatorische Korrektur vorgenommen, die von der GPK begrüsst wird. Die bisherigen Strukturen im Amt für Freizeitanlagen und Sport hatten sich als wenig zweckmässig erwiesen.

Ebenfalls Thema war die Schliessung der städtischen Pflanzenproduktion auf dem Friedhof Oberkirch. Für die betroffenen Mitarbeitenden konnten rasch neue Lösungen gefunden werden, wodurch die freiwerdenden Stellenprozente im Werkhof zur dringend nötigen Entlastung in der Grünpflege eingesetzt werden können. Damit kann die Stadt externe Kosten reduzieren und den im Bereich Gewässer übergeordneten gesetzlichen Unterhaltsaufträgen angemessen nachkommen.

In der Erfolgsrechnung diskutierte die GPK unter anderem die Anpassung der Baubewilligungsgebühren. Das Ziel ist eine höhere Kostendeckung, da die Verfahren zunehmend komplexer werden.

Auch die Objektstrategie und die künftige Finanzstrategie des Stadtrats waren Thema. Dabei wird entscheidend sein, wie mit dem Finanzvermögen, insbesondere den städtischen Liegenschaften künftig umgegangen wird.

Im Personalbereich wurde diskutiert, dass die Ämter für Tiefbau und Verkehr sowie für Hochbau und Stadtplanung im Budget mit voller Besetzung rechnen. Die GPK stellte jedoch fest, dass der tatsächliche Umsetzungsgrad der Projekte stark von personellen Ressourcen und internen Abläufen abhängt. Entsprechend wurde kritisch hinterfragt, ob mit den bestehenden Kapazitäten die zahlreichen Projekte wie geplant umgesetzt werden können.

In der Investitionsrechnung sorgten insbesondere zwei Themen für vertiefte Diskussionen. Die Verlegung der Schrebergärten Espi Walzmühle Inv.00703 sowie die Koordination von Siedlung und Verkehr entlang von Hauptverkehrsachsen Inv.00774. Bei den Schrebergärten zeigte sich die GPK kritisch gegenüber den veranschlagten Kosten. Zwar ist das Bedürfnis zur Verlegung unbestritten, doch erscheint der geplante Mitteleinsatz im Verhältnis zum Nutzen hoch. Die GPK erwartet, dass die Kostenentwicklung in der weiteren Planung auf das Notwendigste beschränkt wird.

Bei der Koordination Siedlung und Verkehr stand weniger der Inhalt der Planung im Zentrum als die Frage der finanziellen Zuständigkeit. Die GPK nahm zur Kenntnis, dass es sich um mehrere voneinander unabhängige Teilprojekte handelt, die im Rahmen der städtischen Finanzkompetenz realisiert werden könnten. Der Stadtrat betonte, dass die Planungen notwendig sind, um kantonale Strassenprojekte frühzeitig zu begleiten und Siedlungs- und Strassenräume integral zu entwickeln. Ein Vorgehen, das von der GPK grundsätzlich mitgetragen wird.

Auch die Themen Lärmsanierung auf Gemeindestrassen und die Velovorzugsroute Talacker waren Gegenstand der Beratungen. Die GPK begrüsst, dass bei der Lärmsanierung Tempo-30-Abschnitte und lärmhemmende Beläge kombiniert werden und nimmt positiv zur Kenntnis, dass bei der Velovorzugsroute nur wenige Parkplätze wegfallen.

Zum Schluss wurde auch über die finanzielle Tragfähigkeit der zahlreichen anstehenden Investitionen gesprochen. Der GPK ist bewusst, dass der Stadtrat mit einer Vielzahl an Grossprojekten konfrontiert ist. Sie erwartet, dass die angekündigte neue Finanzstrategie hierzu klare Prioritäten und Leitplanken setzen wird. Eine Gesamtschau fehlt leider nach wie vor.

Die GPK Bau und Werke stimmte dem Budget des Departements 2 für Bau und Verkehr einstimmig zu.

S. 325/326, Inv.00774 Koordination Siedlung und Verkehr entlang Hauptverkehrsachsen:

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Wir beantragen die Streichung dieser Investition bzw. der darin enthaltenen Verpflichtungskredite in der Höhe von 500'000 Franken. Zur Begründung verweise ich primär auf meine einleitenden Ausführungen. Wer da zugehört hat, weiss, worum es geht. Letztlich wird für uns weder aus der Begründung auf dem Investitionsblatt noch aus den ergänzenden Informationen in der GPK wirklich klar, wofür diese halbe Million eingesetzt wird und was uns das dann konkret bringen soll. Darauf können wir gut verzichten. Wie gesagt, sollten wir uns auf die zur Genüge vorhandenen Pendenzen konzentrieren, statt wieder neue Planungen und Projekte aufzugleisen, deren Notwendigkeit fragwürdig ist.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP verspricht auf den ersten Blick einen substanziellen Sparbeitrag von 500'000 Franken, indem auf eine Reihe von städtebaulichen Planungen verzichtet werden soll. Der Antrag verspricht jedoch mehr, als er halten kann. Der Teufel steckt wie immer im Detail. Der Betrag von 500'000 Franken, um den es hier geht, ist eine Art Sammelposition für mehrere Planungsprojekte, die auf einen Zeitraum von vier Jahren verteilt sind. Im Rahmen des Budgets, das heute Abend hier zur Diskussion steht, entscheiden wir jedoch nur über das Jahr 2026. Dafür ist im Budget ein Betrag von 200'000 Franken eingestellt, der für eine städtebauliche Studie am Talbachkreisel vorgesehen ist. Dieser Betrag liegt innerhalb der Finanzkompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat kann und wird voraussichtlich diese Ausgabe tätigen, auch wenn wir den Budgetkredit heute Abend streichen sollten. Der Nachteil einer Streichung besteht einzig darin, dass mit der Streichung das Budget weniger aussagekräftig wird, weil es dann nicht mehr alle geplanten Ausgaben ausweist. Für die Finanzplanjahre 2027, 2028 und 2029 sind je 100'000 Franken vorgesehen für Studien, die allerdings, da gebe ich Gemeinderat Beda Stähelin recht, noch kaum konkret vorliegen.

Der Finanzplan ist Sache des Stadtrats. Die Positionen des Finanzplans können wir nicht ändern oder streichen, wir können sie nur zur Kenntnis nehmen. Unter dem Strich bleibt

nicht viel, wenn wir dem Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP zustimmen. Dabei handelt es sich doch etwas um Symbolpolitik. Ich habe allerdings auch Verständnis für den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP. Die Zusammenfassung mehrerer städtebaulicher Studien in einem Rahmenkredit – man könnte ihm auch Globalkredit sagen –, der deutlich über der Finanzkompetenz des Stadtrats liegt, ist nicht nachvollziehbar und ist im Übrigen auch gar nicht notwendig. Der Oberbegriff, um den es hier geht, lautet Koordination Siedlung und Verkehr entlang der Hauptverkehrsachsen. Dieser Begriff ist sehr abstrakt und taugt nicht als inhaltliche Klammer für doch sehr unterschiedliche Projekte. Die Projekte hätten also durchaus einzeln in den jeweiligen Budget- bzw. Finanzplanjahren eingestellt werden können. Mit der zeitlichen Staffelung hätte auch die Chance bestanden, dass sie konkreter ausformuliert worden wären.

Was nun die städtebauliche und verkehrsplanerische Studie am Talbachkreisel betrifft, sind wir der Meinung des Stadtrats, dass diese Studie notwendig ist und auch in der Höhe von 200'000 Franken angemessen ist. Wer im Talbachquartier wohnt, weiss, wie wichtig der Talbachkreisel ist. Der ist eine Verkehrsdrehscheibe, aber er bietet auch viele Einkaufsmöglichkeiten wie Metzgerei, Bäckerei usw. Es ist also eine Schlüsselstelle, und wenn wir ernst machen wollen mit unserer Quartierstrategie, dann ist das wohl einer der Brennpunkte, wo wir Lösungen finden müssen. Es geht darum, dass die planerischen Rahmenbedingungen, nächstes Jahr angedacht, festgelegt werden, weil sich nämlich auf den angrenzenden Grundstücken etwas tut. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass die Stadt parat ist und nicht immer zu spät kommt, wenn es um die städtebauliche Entwicklung dieser Stadt geht. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, das gilt vor allem auch in der Stadtplanung. Darum gibt es also gute Gründe, dass diese Investition in eine Planung am Talbachkreisel getätigt wird. Wir ersuchen euch deshalb, dem Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP nicht zu folgen und dem Antrag des Stadtrats trotz einiger Schönheitsfehler, die er hat, zuzustimmen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Das sehe ich etwas anders. Ein Verpflichtungskredit überwindet die Jährlichkeit des Budgets. Verpflichtungskredit ist Verpflichtungskredit, darum heisst er so. Und ja, wir können heute ein Zeichen setzen und dem Stadtrat sagen, was er nicht tun soll. Er kann sich dann in seiner Kompetenz darüber hinwegsetzen – kann man machen, sollte man nicht.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im eigenen Namen: Inhaltlich kann ich mich meinem Vorredner Roland Wetli absolut anschliessen. Man kann darüber diskutieren, wie man diesen Betrag hätte einstellen sollen usw. Was ich aber ganz ausdrücklich hier nicht möchte, ist, dem Stadtrat ein Signal zu geben. Es ist nämlich ein reiner Zusammenzug von Informationen. Die Finanzkompetenz hätte bei ihm gelegen. Es ist eine Information für uns, die im Ordner vorliegt und die wir bis jetzt immer gefordert haben. Wir haben immer gesagt, bringt uns mehr Informationen. Das wurde jetzt gemacht, und ich habe das sehr geschätzt und bitte Sie, unter anderem auch deshalb den Antrag abzulehnen. Ich fordere den Stadtrat auf, dies in Zukunft nicht zu unterlassen.

Stadträtin Andrea Hofmann Kolb (CH): Gemeinderat Roland Wetli hat eigentlich das Ganze schon auf den Punkt gebracht. Ich versuche es auf meine Art und Weise, hole noch ein bisschen aus und versuche, Licht ins Dunkel zu bringen.

Der Kanton beabsichtigt, bis 2030 die Kantonsstrasse Zürcherstrasse im Abschnitt Kreisel Messenriet bis Kreisel Talbach zu sanieren. Nebst der Sanierung der vorhandenen Bausubstanz, Beläge etc. soll die Strasseninfrastruktur auch auf die Bedürfnisse des Fuss- und Veloverkehrs angepasst werden. Dazu wurde eine Mitfinanzierung durch den Bund im

aktuellen Agglomerationsprogramm beantragt. Im Zuge dieser Sanierung müssen auch Werkleitungen und Entwässerungsleitungen teilweise erneuert werden. Die gleiche Ausgangslage mit leicht veränderten Umsetzungszeitpunkten besteht an der Zürcherstrasse zwischen Talbach- und Postkreisel, an der Thurstrasse oder an der Thundorferstrasse, der Juchstrasse und auch im Büel.

Um bei umfassenden Sanierungen die bestmögliche Lösung für die Bevölkerung zu finden, sind verkehrliche Studie notwendig, die als Grundlage für die kantonale Projektierung dienen. Eine für die Stadt optimale Lösung kann nur dann gefunden werden, wenn zugleich auch die Siedlungsplanung erfolgt. Die Koordination von Verkehrs- und Siedlungsplanung bedeutet, Mobilität und Raumentwicklung nachhaltig und effizient zu gestalten. Strassenräume sollen aufgewertet und nicht nur saniert werden. Die Investition gibt einen Rahmen für kommende Planungen entlang wichtiger Verkehrsachsen, die unter anderem im Höhenentwicklungskonzept als neue Ortsbilder ausgeschieden wurden. Dort wird es künftig möglich sein, durch Gestaltungsplanverfahren höhere Dichten zu erreichen. Dafür braucht es aber klare Vorstellungen seitens Stadt, wie Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur ideal aufeinander abgestimmt werden können. Ohne Vorgaben und Rahmenbedingungen für die Siedlungsplanungen, Gestaltungsplanverfahren ist es nicht möglich, die Entwicklungspotenziale verträglich auszuschöpfen.

Als erste konkrete Planung ist der Talbachkreisel vorgesehen. Im Höhenentwicklungskonzept wird der Talbachkreisel als Teil des neuen Ortsbilds Zürcherstrasse West festgehalten. Im Richtplanentwurf wird der Talbachkreisel als Stadtzentralität von kommunaler Bedeutung ausgewiesen. Also ein Ort, der über einem lokalen Quartiertreffpunkt einzustufen ist. Es liegen konkrete Entwicklungsabsichten der Baulandreserve der Parzelle 563 vor, das ist die grosse Parzelle hinter dem Zürcherhof. Ohne geeignete Erschliessungslösung ist dieses Vorhaben schwierig umzusetzen. Die Erschliessung betrifft auch die Situation am Talbachkreisel inkl. Zufahrt Parkierung Denner, Bushaltestelle Talbach. Ein Erhalt des Status quo wird unter Berücksichtigung des Sanierungsprojekts des Kantons nicht möglich sein. Wird die Investition gestrichen, werden die Planungen in Abhängigkeit der Grösse in den folgenden Jahren im Budget der Erfolgsrechnung bzw. im Investitionsbudget vorgesehen. Bei einer Streichung der Investition wird der Stadtrat für die zeitlich dringende Planung am Talbachkreisel einen Zusatzkredit in Erwägung ziehen müssen. Die Planungen erfolgen durch externe Planende und nicht durch die Stadt selber. Dies wird nota bene, dies zu Gemeinderat Beda Stähelin, auch auf dem Areal der Pflanzenproduktion so sein. Auch da werden wir nicht selber planen und ausführen, das werden wir extern vergeben. Aber, und auch darauf wurde vorhin schon hingewiesen, die Stadt tut gut daran, proaktiv zu überlegen, wie die Gebiete entwickelt werden sollen und wie die Entwicklungspotenziale der Parzellen vorausschauend zu planen sind. Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Jährlich kostet uns die Stadtkaserne Geld. Viel Geld. Mal über 3 Mio. Franken, mal über 1 Mio. Franken, und mitberücksichtigt sind dabei auch Einnahmen des Vereins Pro Thurgau von jährlich über 1 Mio. Franken. Ich bin gespannt, ob die für das Jahr 2025 budgetierten 1.05 Mio. Franken auch wirklich eingegangen sind oder eingehen werden.

Im Zusammenhang mit dem Budget 2025 wurde in einigen Fraktionen über Kürzungsanträge bei der Stadtkaserne diskutiert. Da damals der Wettbewerb lief, war auch ich überzeugt, das ist der falsche Zeitpunkt wäre. Es wurde mir zudem versprochen, dass mit dem Budget 2026 eine Investitions- und Einnahmenplanung vorgelegt wird. Ein Jahr später – und wir haben immer noch nichts. Anscheinend wird diese nun im Rahmen des Vorprojekts erfolgen, natürlich gibt es dazu keine Zeitangaben. Die Stadtkaserne ist eine Finanzliegenschaft, dies sollte eigentlich beruhigen. Wenn man nun aber jedes Mal eine Neubewertung vornehmen muss, um die Zahlen einzuhalten, wird dies längerfristig nicht aufgehen. Und genau das ist es. Mich interessiert die längerfristige Planung. Ich kenne ausser der öffentlichen Hand keine Bauherrin, die ohne Preisvorstellung in eine Planung geht. Also hat für mich die Investitions- und Einnahmenplanung zwar auch etwas mit dem Vorprojekt zu tun, aber in umgekehrter Reihenfolge. Und wenn dies bis heute nicht gemacht wurde, wird es höchste Zeit. Und bitte unterbreiten Sie diese schnellstmöglich der GPK oder dem Gemeinderat, damit endlich Ruhe einkehren kann. Denn aus irgendeinem Grund oder besser gesagt Bauchgefühl bin ich immer noch überzeugt, dass das Projekt Stadtkaserne zum Fliegen kommen kann, und das auch ohne Steuergelder.

Mein zweites Votum bezieht sich auf die Investition 703 Verlegung Schrebergärten. Für die Verlegung der Schrebergärten beantragt die Regierung einen Verpflichtungskredit von 2.25 Mio. Franken. Ein unglaublicher Betrag, bei dem man immerhin hofft, dass es dann doch günstiger wird. An dieser Stelle wäre es aus meiner Sicht nötig, eine Grundsatzdiskussion zu führen. Ist es Aufgabe der Stadt, Schrebergärten anzubieten? Sind wir bereit, einen so hohen Betrag dafür auszugeben? Wieso wird das Land nicht im Baurecht an den Verein abgegeben? Gemäss den Unterlagen im Budget folgt dazu noch eine Botschaft, und vermutlich wird diese dann günstiger, so ungefähr 1.95 Mio. Franken. Ich werde keinen Streichungs- oder Kürzungsantrag stellen, da wir sonst als Gemeinderat wieder einmal die Verhinderer wären. Nein, dies soll der Stadtrat entscheiden, und ob er mit einer Botschaft in den Gemeinderat kommen will.

Zwei Wünsche habe ich aber. Bitte klärt bei den Benutzenden die Kostenbeteiligung analog der Diskussionen bei den Sportvereinen vorgängig ab oder prüft eine Abgabe im Baurecht. Und bitte versucht, wie es die GPK schon gesagt hat, die Kosten für die Vorabklärungen so gering wie möglich zu halten. Denn ich glaube nicht, dass die Botschaft in dieser Grössenordnung viel Zuspruch erhalten wird.

Mein drittes Votum betrifft die Investition 00775 Talacker-Velovorzugsroute. An der Talackerstrasse ist eine Velostrasse geplant. Als ich den Budgetordner erhalten und die Investitionskosten von 300'000 Franken gesehen habe, fragte ich mich schon, was da gemacht wird. Nun weiss ich es. Auf der Homepage des Kantons Basel wird die Velostrasse wie folgt beschrieben: «Velostrassen bündeln den Veloverkehr auf wichtigen Quartierstrassen und ermöglichen Velofahrenden ein flüssiges Vorankommen. Sie tragen zu einer attraktiven und sicheren Veloinfrastruktur bei. Velostrassen befinden sich ausschliesslich in Tempo-30-Zonen. Sie sind jeweils am Anfang und am Ende mit einer Bodenmarkierung Velostrasse gekennzeichnet. Auf Velostrassen haben alle Verkehrsteilnehmenden gegenüber den einmündenden Strassen Vortritt. Grosse Velopiktogramme machen auf Höhe der einmündenden Strassen ausserdem auf das vermehrte Aufkommen von Velofahrenden aufmerksam. Auch auf Velostrassen sollten sich Fahrzeuge nicht gegenseitig behindern und entsprechend Rücksicht aufeinander nehmen.» Genau so kenne ich Velostrassen zum Beispiel eben aus Basel, aus Konstanz und von vielen anderen Städten und Dörfern im In- und Ausland. Und genau so sehe ich sie an der Talackerstrasse mit Parkplätzen und Autoverkehr, aber mit dem Velo im Zentrum. Aber nein, man kann nicht im Kleinen beginnen und dann

grösser werden, es muss alles auf einmal her. Zuerst werden Parkplätze aufgehoben und Strassen gesperrt. Aber ist das wirklich nötig? Wieso kann man nicht einmal etwas probieren und erst dann reagieren, wenn es nötig ist? Wie wirkt sich der Ausweichverkehr auf Flieder- und Blumenstrasse aus und wie der Rückstau in der Walzmühlestrasse und der Zürcherstrasse? Lassen wir uns überraschen. Und einfach zur Info: Ich fahre täglich an einem Poller vorbei, der auch einmal verlockt wurde und heute nicht mehr benötigt wird. Aber anscheinend spielt Geld keine Rolle. Auch hier stelle ich keinen Antrag, ich will es nur gesagt haben.

Departement 3 Thurplus, Freizeit und Sport

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ich möchte mich im Namen der gesamten GPK ganz herzlich bei allen beteiligten Personen für das Erstellen des Budgets bedanken.

Einführend erwähnte Stadtrat Stefan Leuthold, dass knapp, mit hoher Kostendisziplin und nur minimalen Investitionen budgetiert wurde. Speziell zu diesem Budget zu erwähnen ist, dass das Facility Management aus dem Amt für Freizeit und Sport herausgelöst wird und neu beim Amt für Hochbau und Stadtplanung angesiedelt ist, da dies die gesamtheitliche Verwaltung der städtischen Liegenschaften erleichtert. Die GPK erachtet es als unglücklich, wenn jährlich solche Verschiebungen stattfinden, da es verunmöglicht, die Budgets zu vergleichen. Zudem wurde von einem GPK-Mitglied festgestellt, dass der Personalaufwand im Facility Management beim Amt für Hochbau und Stadtplanung massiv gestiegen ist. Dies sei darauf zurückzuführen, dass der Hauswart der Stadtkaserne neu unbefristet angestellt wird und somit im Stellenplan auftaucht.

Bei den Spielplätzen ist die Sanierung vielerorts aus Sicherheitsgründen dringlich, und man hat dafür einen Betrag budgetiert. Ein GPK-Mitglied goutierte, dass die Spielplätze unter die Lupe genommen werden. Man wird aber nur eins zu eins Ersatz vornehmen, da das Spielplatzkonzept im Budget 2025 gestrichen wurde. Allfällige Streichungen von Spielplätzen sei Aufgabe der Politik und nicht des Amts. Ebenso tauchte die Frage auf, wieso das Spielplatzmobiliar nicht mehr über den Werkhof, sondern direkt beim Amt für Freizeit und Sport verrechnet wird. Auch dies diene dazu, die Kosten sichtbarer zu machen.

Angesprochen wurde der Masterplan Freizeit- und Sportanlagen und die Frage gestellt, wie dort der Stand sei. Laut Amtsleiter Roman Brülisauer gehe ein grober Entwurf dazu Ende 2025 in den Stadtrat, und ab 2026 soll die GPK miteinbezogen werden. Die GPK erachtet es als wichtig, dass endlich ein Masterplan vorliegt und man gezielt die Investitionen und die Strategie dazu planen kann.

Bei der Armeesporthalle wird es 2026 eine erhebliche Kostensteigerung von +133 % im Sommer und +150 % im Winter geben. Diese Kostensteigerung muss allenfalls an die Vereine weitergegeben werden. Ebenso ist unklar, wie lange die Armeesporthalle noch für zivile Nutzungen zur Verfügung steht. Das AFS sei im Gespräch mit dem neuen Waffenplatzkommandanten, um zu erwirken, dass die zivile Nutzung möglich bleibt.

Bei der Schlossbadi rechnet man mit einer allgemeinen Kostensteigerung von +25 % gegenüber der Rechnung 2024. Dies ist auf den erhöhten Personalaufwand und die höheren Betriebs- sowie Verbrauchsmaterialkosten zurückzuführen. Den Personalaufwand genau zu berechnen, ist eine Herausforderung, da gewisse Personen im Stundenlohn angestellt sind und diese im neuen Berechnungstool nur schwer abzubilden sind. Beim Verbrauchsmaterial ist es zu einer Kostensteigerung der Chemikalien gekommen, und die Rechnung 2024 ist

leicht verfälscht, da die Chemikalien für den Betrieb 2024 bereits im Jahr 2023 eingekauft wurden. Zudem berichtete Roman Brülisauer, dass die Abrechnung der Schlossbadi auf der Zielgeraden ist und bis Ende 2025 vorliege, was die GPK-Mitglieder sehr begrüßen.

Bei der Kunsteisbahn steigen die Kosten für Reinigung und Unterhalt, wobei man auch mit Mehreinnahmen rechnet. Fakt ist, dass bei der Reinigung die Ansprüche der Kundschaft steigen und die Stadt eine gute Visitenkarte abgeben möchte. Man werde aber zukünftig gewissen Verursachern Reinigungskosten in Rechnung stellen. Zudem sind die Eintrittspreise seit zehn Jahren nicht mehr angepasst worden. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass die Preise in Zukunft erhöht werden.

Allgemein stellte sich in der GPK die Frage, wer die Kosten der Sportanlagen tragen soll, ob dies die Steuerzahler sind, oder ob die Nutzer einen grösseren Betrag leisten sollen. Mitglieder der GPK sind der Meinung, dass es als Zentrumsgemeinde Aufgabe ist, solche Anlagen zu betreiben. Man muss aber auch andere Modelle prüfen, die kostendeckender sein können.

Bei den Investitionen ist zudem zu sehen, dass ein Heizungsersatz für 960'000 Franken budgetiert ist. Die über 30 Jahre alte Ölheizung soll ersetzt werden. Aufgrund der Klimastrategie der Stadt kommt nur eine Wärmepumpe infrage, und diese ist so teuer. Eine Botschaft dazu kommt noch in den Gemeinderat. Die GPK regt an, dass Gespräche über mögliche Synergien mit umliegenden Firmen gesucht werden. Zudem soll die Planung des Heizungsersatzes so ausgelegt werden, dass mögliche Synergien mit anderen Sportanlagen oder städtischen Anlagen anhand des Masterplans Sportanlagen geprüft werden.

Bei den Sportanlagen auf der Kleinen Allmend muss die Finnenbahn repariert werden. Der GPK ist es wichtig, dass bis ein verbindlicher Plan bezüglich der Strategie rund um die Sportanlagen besteht, nur wirklich notwendige Reparaturen vorgenommen werden, da durch die Sanierung der Rundbahn sowie des Kunstrasens bereits der Handlungsspielraum eingeschränkt worden ist und nicht Geld ausgegeben werden soll für Investitionen, die sich im Nachhinein betrachtet als falsch erweisen.

Beim Casino sinken die Mietzinsen gegenüber dem Amt für Hochbau und Stadtplanung, da es aufgrund der notwendigen baulichen Massnahmen zu einer Einschränkung der Nutzung kommt.

Die Festhalle Rüegerholz wird gut genutzt und kostet nicht viel. Im Moment besteht dort kein Handlungsbedarf. Für das gesamte Areal soll zwischen 2030 und 2035 eine Planung angegangen werden, und dann wird weitergeschaut, was mit der Rüegerholzhalle geschieht.

Die GPK stimmte dem Budget des Departements Thurplus, Freizeit und Sport mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stadtrat Stefan Leuthold (GLP): Vielen Dank für das Votum, Gemeinderätin Lisa Badertscher, ich nehme das gern somit. Ich bin dankbar für die positive Aufnahme des Budgets für das Departement Freizeit und Sport.

Sie haben es erwähnt, wir haben sehr knapp budgetiert. Die Spielplätze werden instandgestellt. Es wird repariert, aber es wird nicht investiert, dazu fehlen uns derzeit die Finanzen. Bei den Sportanlagen geht es in eine ähnliche Richtung. Wir setzen die Finnenbahn instand, neue Sachen können wir zurzeit aber nicht erstellen.

Zum Masterplan Sport- und Freizeitanlagen kann ich sagen, dieser ist in Arbeit. Es sollte nicht mehr allzu lange dauern, aber die Personaldecke der Leute, die daran arbeiten, ist bei uns im Amt sehr dünn.

Zum Casino kann ich sagen, wir sind natürlich froh, wenn hier möglichst bald Planungssicherheit besteht, damit wir wissen, wie es mit dem Casino weitergeht. Dies liegt im Wesentlichen in Ihren Händen.

Departement 4 für Alter und Gesundheit ohne AZP

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK GGF hat das Budget an ihrer Sitzung vom 25. September beraten. Der Aufwand steigt auf rund 10.2 Mio. Franken. Die Mehraufwendungen von 840'000 Franken über Budget 2025 ergeben sich aus folgenden Positionen: Zentrale Dienste +90'000 Franken interne Verrechnung IKT, Projekte -20'000 Franken Stiftungsbeiträge an das Projekt Wohnen im Alter, Prämienverbilligung +135'000 Franken Beiträge an Kanton, Beiträge +650'000 Franken ambulante und Langzeitpflege sowie die Pflegefinanzierung. Dies sind vorwiegend fremdbestimmte Kosten, welche sich aber nicht nur negativ auswirken. Durch höhere Gemeindebeiträge steigen auch die Einnahmen bei den Restkosten im AZP.

Einleitend wurden wir von der Stadträtin und dem Amtsleiter mit einer Präsentation über Aktuelles informiert. Die ungebundenen Beiträge in der Gliederung 4110 an den Dachverband Freiwilligenarbeit, den Digitalisierungstreff, den Kurzdorftreff sowie an die Nachbarschaftshilfe bleiben unverändert. Im Konto 4122 wurde der Finanzfluss genauer erläutert und mittels Grafiken aufgezeigt. Die Budgetierung im Krankenkassen-Casemanagement ist und bleibt eine grosse Herausforderung mit vielen Unbekannten. Die gebundene ambulante Pflegefinanzierung wird beeinflusst von höheren Tarifansätzen, einer steigenden Leistungsstundenentwicklung, aber auch von höheren Rückzahlungen des Kantons.

Bei der stationären Pflegefinanzierung Restkosten geht man davon aus, dass sich diese wieder auf das Niveau 2024 erhöhen wird.

Die Perspektive Thurgau erbringt als Gemeindezweckverband Dienstleistungen für die Gesundheitsförderung und Prävention. Der Kanton beantragt eine Änderung des Gesundheitsgesetzes. Es ist vorgesehen, die Finanzierung auf die Gemeinden zu übertragen, was eine Verdoppelung der Ausgaben oder eine Reduktion des Angebots zur Folge hätte.

S. 179, 4000 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge, Honorare und Gutachter im Zusammenhang mit dem AZP:

Das Departement trägt die Kosten für das Projektteam und die entsprechende Projektbearbeitung inklusive Erstellung diverser Unterlagen. Der bauliche Bereich ist beim AZP budgetiert, inklusive konkrete Machbarkeitsstudie.

4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen:

Der grösste Teil der Kosten für das Freiwilligenfest soll wieder über Sponsoren finanziert werden können. Danke dafür.

S. 183, 4122 Prämienverbilligung und Übernahme Prämienausstände, Übernahme Verlustscheine:

Die seit diesem Jahr geltende Regelung ermöglicht der Stadt, jeden Verlustschein abzukaufen. Die Stadt übernimmt heute aber nur jene Verlustscheine, die der Kanton wieder vergütet.

S. 184, 4140 Ambulante Betreuung Krankheit und Alter, Beiträge Langzeitpflege an private Institutionen:

Die Stadt verlangt von den Organisationen die Vollkostenrechnung. Falls die Organisation Gewinn erwirtschaftet, senkt die Stadt die Restkostengutsprache entsprechend. Die Spitex berechnet für die Stadt einen Tarif, als würden sie pflegende Angehörige anstellen und auch entlohnen. Der Tarif der privaten Organisation darf nicht höher sein als der fiktive Spitextarif. Pflegende Angehörige müssen einen SRK-Pflegekurs oder ein vergleichbares Angebot besucht haben und ihre Arbeiten selber dokumentieren können. Zudem werden von der Stadt die ärztlichen Verordnungen und die Krankenkassenkostengutsprachen eingefordert.

Die GPK GGF stimmte dem Budget des Departements für Alter und Gesundheit mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Departement 5 für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderat Samuel Kunz (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ich möchte mich im Namen der Kommission bei allen Beteiligten herzlich für ihre geleistete Arbeit bedanken.

Zunächst ist festzuhalten, dass das Departement die Budgetvorgaben des Stadtrats im Grundsatz einhalten konnte. Die Stadträtin hat darauf hingewiesen, dass die fetten Jahre vorbei seien und die Kostenseite zunehmend unter Druck gerät. Folgende Punkte im Budget wurden in der Kommissionssitzung aufgenommen und diskutiert:

In der Sozialhilfe steigen die Kosten trotz stagnierenden Fallzahlen und Sozialhilfequote um rund 550'000 Franken. Gründe dafür sind unter anderem komplexere Kindesschutzfälle, höhere Fremdplatzierungskosten, steigende Maximalmieten im Wohnungsmarkt Frauenfeld sowie der um 2.9 % erhöhte Grundbedarf ab 2026. Diese Entwicklungen liegen weitgehend ausserhalb des Einflussbereichs der Stadt.

Ein Unsicherheitsfaktor bleibt der kantonale Finanzausgleich. Die Ausgleichszahlungen fielen 2025 tiefer aus als erwartet, was zu kurzfristigen Anpassungen im Budget führte. Auf kantonaler Ebene ist zudem eine Anpassung der Globalpauschale ab 2027 im Raum. Hier bleibt die finanzielle Entwicklung abzuwarten.

In der Klientenverwaltungssoftware für Deutschkurse und die Sprachspielgruppen gibt es Probleme. Das Programm stürzt mindestens einmal pro Woche ab, und man kann nichts mehr anpassen. Es muss dringend ersetzt werden.

Die neuen Module für Rechnungs-Workflow und Inkasso sollen zu einer deutlichen Effizienzsteigerung führen, ohne dass der Stellenplan erweitert werden muss. Die freiwerdenden personellen Ressourcen sollen für eine engere Fallbegleitung und die Rückforderung von Geldern eingesetzt werden. Die Kommission unterstützt diese Digitalisierungsvorhaben ausdrücklich.

Im Bereich Kinder und Jugend besteht ein erhöhter Bedarf an Ressourcen. Der Stadtrat beantragt, eine bisher befristete Stelle einer soziokulturellen Animatorin ab 2026 definitiv im Stellenplan aufzunehmen. Diese Funktion fördert politische Partizipation, begleitet Kinder- und Jugendrat und bietet Freizeitangebote, die Jugendlichen einen geschützten Raum bieten. Angesichts der steigenden Nutzungszahlen im Jugendhaus und wachsender Anforderungen erachtet die Kommission diese Verstärkung als gerechtfertigt.

Im Bereich Frühe Kindheit zeigt sich das Budget stabil. Der Verteilschlüssel für den Beitrag an die Tagesschulangebote Frauenfeld ist gleichgeblieben, jedoch zahlt die Stadt nun aufgrund einer Korrektur der bisherigen Akontozahlungen weniger.

Im Stellenplan gab es somit folgende Änderungen: Im Amt für Soziale Dienste hat sich ein vom Stadtrat bewilligter Praktikumsplatz für Studierende der Sozialen Arbeit bewährt und soll nun dauerhaft im Stellenplan verankert werden. Die Teamleitung des Kinderhorts für Deutschkurse soll künftig statt im Stundenlohn im Monatslohn angestellt werden, ohne dass sich dadurch die Lohnsumme ändert. In der Abteilung Kinder und Jugend bestehen Ressourcenengpässe aufgrund steigender Aufgaben und mehr Jugendlicher im Jugendhaus. Eine befristete, vom Stadtrat bewilligte Stelle soll ab 2026 dauerhaft in den Stellenplan aufgenommen werden.

Insgesamt resultiert für das Departement ein Budget von 12.75 Mio. Franken, was einer Zunahme von rund 1.75 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die GPK stimmte dem Budget des Departements für Gesellschaft und Soziales mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Finanzplan 2027-2029

Keine Wortmeldungen.

Finanzkennzahlen der Stadt

Keine Wortmeldungen.

Investitionen, departementsbezogene Aufwendungen und Erträge

Keine Wortmeldungen

Stellenplan

Keine Wortmeldungen.

Budget Thurplus 2026

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Die GPK Bau und Werke hat an ihren Sitzungen vom 29. September und vom 27. Oktober das Budget beraten. Für den Teil Thurplus waren an der Sitzung im September nebst dem zuständigen Stadtrat der Geschäftsleiter und der Leiter Finanzen und Services von Thurplus sowie der Amtsleiter Finanzen und Steuern anwesend.

Das Budget von Thurplus wurde an der ersten Sitzung vollständig durchberaten und an der zweiten Sitzung nur noch in Anwesenheit des Amtsleiters Finanzen und Steuern ohne Beratung oder Rückkommen definitiv beschlossen. Einzig zwei Fragen zur Fernwärme wurden in der Zwischenzeit von einem GPK-Mitglied schriftlich eingereicht und beantwortet.

Für Thurplus ergibt sich durch den früheren Budgetprozess das Problem, dass die Tarife noch nicht festgesetzt sind. Dadurch ergeben sich zusätzliche Ungenauigkeiten. Dies wird voraussichtlich auch in Zukunft so bleiben, wenn wir beim gleichen Terminplan für das Budget bleiben.

Die Stromtarife wurden für 2026 gleichgeschaltet. Das heisst, es gilt der gleiche Preis für den Hoch- und den Niedertarif.

Die Fernwärme ist auch weiterhin ein grosses Thema bei Thurplus. Mit dem Bau der Leitungen in der Schaffhauserstrasse ist ein grosser Lupf geschafft, wohingegen in der Altstadt mit den Sofortmassnahmen auf der Zürcherstrasse mit dem Einbau der Leitungen bis 2027 gewartet werden muss.

Beim kalten Fernwärmering werden nun schwarze Zahlen geschrieben, und die 19 verkauften Anschlüsse sind erfreulich. Bei der Fernwärme West sind es derzeit deren 95. Damit das Geschäft mit der Wärme weiterhin vorangetrieben werden kann, ist eine neue Stelle budgetiert.

Zur Budgetgenauigkeit der Überbudgetierung bzw. zum Umsetzungsgrad gab es in der GPK eine intensive Diskussion. Die einzelnen Projekte müssen alle aufgelistet werden, was dann natürlich dazu führt, dass nicht alles ausgeführt werden kann. Dafür gibt es jeweils gute Gründe, und es macht auch Sinn, Projekte in der Hinterhand zu haben. Das Thema wird in der GPK weiter beobachtet.

Neu war für Thurplus, dass der Kanton eine schon länger vorhandene Weisung nun zum ersten Mal durchgesetzt hat. Es geht um den Rückbau der nicht genutzten Leitungen unter Kantonsstrassen. Thurplus hat hier neu einen Betrag in die Netzkosten eingerechnet, um diesen Auftrag auch in Zukunft erfüllen zu können. Die Tarifierung kann sich in den nächsten Jahren nochmals ändern, wenn allfällige Gesetze in Kraft treten. dass nun aber mit der Rückstellung begonnen wird, ist begrüssenswert. Aktuell betrifft dies nur das Gas, da die anderen Medien nicht stillgelegt werden. Wenn also ein Stromkabel erneuert werden muss, kommt das alte sowieso heraus, und die Netzkosten gibt es bei Wasser und Strom auch nach 2050 noch.

Die Gstarife waren zum Zeitpunkt der GPK-Sitzung noch nicht öffentlich festgelegt.

In der Erfolgsrechnung wurden grosse und kleine Punkte diskutiert und nachgefragt, wobei ich Ihnen hier nur einen Auszug über einige interessante Punkte geben möchte.

Auf S. 376 in der Artengliederung, Position 314, geht es um den baulichen und betrieblichen Unterhalt. Der Betrag ist von 1.8 Mio. Franken 2024 über 2.7 Mio. Franken 2025 auf nun 3.2 Mio. Franken gestiegen. Es wurde nachgefragt, ob die Infrastruktur derart marode sei, dass so viele Unterhaltsarbeiten gemacht werden müssten. 2024 sei ein sehr tiefes Jahr gewesen, und die Zahlen von 2025 und 2026 seien als Budget für Arbeiten zu sehen, die man angehen möchte, wofür man auch genug eingeplant hat.

S. 382, 1220.3130.05 Diverse Dienstleistungen Informatik:

Hier wurde nach den Details zu den Digitalisierungsprojekten gefragt. Es handelt sich dabei um eine Automatisierung bei der Kreditorenbewirtschaftung mittels KI, um ein automatisiertes Mahnsystem, weiter um ABA Bau, ein neues Abacustool, das Offerte bis Rechnung umfasst, und schlussendlich um die Erweiterung von Zendesk, mit dem Kundendienstanfragen gemanagt werden.

Bei S. 389, Konto 3101.12 Stromankauf aus Zertifikaten, kam die Frage auf, ob es sich dabei um die Einspeisevergütungen für PV-Anlagen handelt. Das sei nicht der Fall. Diese Zahl gibt die Kosten für die Zertifikate für die vom Kanton verlangten 100 % Naturstrom an. Die Einspeisevergütungen seien Teil eines ganzen Pakets. An der GPK-Sitzung gab es noch keine Antwort, wie diese im Jahr 2026 aussehen wird. Vielleicht kann der zuständige Stadtrat in der Zwischenzeit mehr dazu sagen.

In der Investitionsrechnung wurde die Frage nach der Zukunft beim Bau der PV-Anlagen gestellt. Im Moment sei die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben und bei Thurplus sei man auf

der Suche nach einer Person, die mit Leidenschaft die PV-Anlagestrategie in Frauenfeld auf den Weg bringen möchte. Deshalb seien die Beträge im Budget gekürzt worden.

Im Namen der GPK möchte ich allen Beteiligten für die grosse und intensive Arbeit zum Budget, aber auch über das ganze Jahr hinweg danken. Die GPK hat dem neuen Antrag 4 einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Stefan Leuthold (GLP): Ich möchte den Ball aufnehmen. Der Anteil an Solarstrom beträgt in Frauenfeld zurzeit etwa 18 %. Das ist ein beträchtlicher Anteil, das ist viel. Der meiste Solarstrom, Sie kennen das, fällt natürlich in der warmen Jahreszeit an. Das bringt gewisse Herausforderungen mit sich. Das ganze System muss stabil und sollte auch wirtschaftlich sein, sonst hätten Sie auch keine Freude, wenn Sie Ende Jahr die Rechnung sehen, die negativ ist.

Der Strommarkt ist in Bewegung. Der Mantelerlass, das Bundesgesetz zur Sicherung der Stromversorgung durch den Ausbau neuer Energien, wurde im Jahr 2024 von der Bevölkerung angenommen, und wir setzen das natürlich auch bei Thurplus um. Damit sind wie gesagt einige Herausforderungen verbunden. Ich kann Ihnen sagen, wir werden ab dem Jahr 2026 nicht eine Einspeisevergütung anbieten, sondern gleich vier verschiedene Modelle.

Das klassische Modell, welches es bereits gibt, ist die Einspeisung von meiner Anlage ins Netz.

Weiter gibt es das ZEV, das ist der Zusammenschluss zum Eigenverbrauch, der auch bereits existiert. Dabei können sich mehrere Nachbarn zusammenschliessen und ihren Solarstrom einander gegenseitig verkaufen. Den allfälligen Rest können sie ins Netz einspeisen.

Neu gibt es noch den virtuellen ZEV, das ist der virtuelle Zusammenschluss für den Eigenverbrauch. Dabei kann man den Strom an eine Liegenschaft am anderen Ende der Stadt virtuell verkaufen. Das läuft dann aber virtuell und ist ziemlich abstrakt. Der Strom wird im Westen der Stadt produziert und in den Osten der Stadt verkauft. Das ist der VZEV.

Dann gibt es noch die LEG, das ist die lokale Elektrizitätsgemeinschaft, wo sich ganze Quartiere zusammenschliessen und den Strom untereinander austauschen und handeln können.

Wenn wir von Einspeisevergütung sprechen, dann ist das ein bisschen komplexer. Bei Thurplus sind wir dran. Wir simulieren zurzeit diese vier Modelle. Zwei davon kennen wir schon, die anderen zwei simulieren wir derzeit am Computer und testen sie, denn letztlich müssen sie auch funktionieren. Die Abrechnung ist sehr kompliziert. Wenn wir so weit sind, werden wir detailliert informieren. Aber wir haben ja erst Mitte November, und es bleibt uns noch Zeit bis Ende Jahr.

Budget 2026 Alterszentrum Park

Gemeinderätin Alessandra Biondi (SP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Im Namen der Kommission bedanke ich mich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Das Jahr war durch die laufende Reorganisation, durch Unsicherheit und Veränderungen geprägt, womit dem Personal für den grossen Einsatz herzlicher Dank gebührt. Die GPK behandelte das Budget des AZP an der Sitzung vom 25. September. Das Eintreten war unbestritten. Anwesend waren Stadträtin Regine Siegenthaler, Benno Gmür als Beauftragter des Stadtrats für das AZP und Ursula Tobler, Leiterin ad interim Finanzen und Administration AZP, sowie Finanzchef Reto Angehrn.

Stadträtin Regine Siegenthaler erläuterte vorab die wichtigsten Unterschiede des Budgets 2026 zum Budget 2025. So verzeichnet das Budget 2026 im Vergleich zum Budget 2025 eine Umsatzsteigerung von 230'000 Franken, dies unter Verzicht auf eine Tarifierhöhung. In der stadträtlichen Verordnung zum AZP kam es sodann per 1. November 2025 zu Änderungen, die sich finanziell auswirken dürften. So wurde unter anderem die Kündigungsfrist verlängert, die Betreuungstaxe ist bei einem Spitalaufenthalt im ersten Monat weiterhin geschuldet, und es wird neu eine Todesfallpauschale erhoben.

Beim Personalaufwand ist durch den Wegfall von Temporärpersonal ein Minderaufwand von 200'000 Franken zu verzeichnen. Der Betriebsaufwand ist aufgrund der Kosten für die Information, der Machbarkeitsstudie, allfälliger Honorare für Beauftragte sowie höherer Unterhaltskosten steigend. Es wurde betont, dass die Budgetierung herausfordernd gewesen sei, da Vergleichswerte fehlen würden.

In der Detailberatung wollte ein GPK-Mitglied Kenntnis darüber haben, ob nebst den Kosten für die IKT in Höhe von 410'000 Franken weitere Ausgaben in den Unterhalt der Informatik erfolgen. Dies sei nicht der Fall.

Weiter wollte ein GPK-Mitglied wissen, von wie vielen Stellen 2026 ausgegangen wird. Gemäss Vertretern des AZP sei eine Aussage hierzu zu komplex. Im Vordergrund würden die Kosten und nicht die Vollzeitstellen stehen.

Diskutiert wurde sodann auch der tiefere Personalaufwand im Bereich Leitung und Verwaltung. Dieser sei gesunken, weil im Rahmen der Reorganisation die Zentrumsleitung um eine Person reduziert worden sei.

Gelobt wurde seitens der Kommission der Umstand, dass im Budget 2026 ein Pro-Kopf-Beitrag für Personalanlässe vorgesehen ist.

Diskutiert wurden sodann die Beratungshonorare in den Konten 4734 ff. auf S. 472. Ein GPK-Mitglied wollte wissen, ob diese anfallen, da stets der Kommentar «bei Bedarf» vermerkt war. Es wurde betont, dass die im Jahr 2025 angefallenen Honorare im Jahr 2025 verbucht werden. Falls ab 2026 keine Zentrumsleitung hätte eingesetzt werden können, wären im Bereich Beratung/Reorganisation Kosten angefallen. Auch seien mit der Reorganisation gewisse Ziele erreicht worden, die man nun noch weiterverfolgen möchte. Hierfür fallen unter Umständen Beratungshonorare an.

Angesprochen wurde sodann der Finanzplan. Hier hielt ein GPK-Mitglied fest, dass im Kanton auf 2027 oder 2028 eine Anpassung der EL-Limite geplant sei. Es wurde gefragt, ob dies ertragsseitig keinen Einfluss auf den Finanzplan habe. Stadträtin Regine Siegenthaler betonte, dass die Pensionstaxen im Finanzplan bis 2029 bewusst nicht erhöht worden seien. Man möchte die Kosten im Griff halten, um Pensionserhöhungen zu vermeiden.

Die GPK empfiehlt das Budget des Alterszentrums Park einstimmig ohne Enthaltung zur Annahme.

Stadträtin Regine Siegenthaler (Die Mitte): Lassen Sie mich zum AZP und zur Reorganisation kurz Stellung nehmen.

Mit der laufenden Reorganisation haben wir das Alterszentrum Park organisatorisch und finanziell deutlich stärken können. Wir sind auf Kurs. Die Prognose, gestützt auf Oktoberzahlen zeigt, dass das AZP das Jahr mit einer ausgeglichenen Rechnung oder sogar mit einem leichten Plus abschliessen können wird. Wir können aufgrund dieser Ausgangslage bereits wieder investieren, zum Beispiel in neue Möbel, in einen grosszügigen Weihnachtsanlass für das Personal und in ein tragfähiges Internet. Damit kann die

Reorganisation per Ende Jahr abgeschlossen werden. Die Massnahmen waren einschneidend, aber notwendig. Ich bin sehr froh, dass wir diesen Weg gehen durften. Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Wir wissen, dass die Veränderungen auch Druck und Verunsicherungen ausgelöst haben, insbesondere bei Mitarbeitenden. Wir erleben ein sehr grosses Engagement der Mitarbeitenden. Zum Beispiel sind 400-mal Mitarbeitende kurzfristig eingesprungen, um Dienste zu gewährleisten. Das ist eine Zahl mit Stand Ende September. So konnte Temporärpersonal eingespart werden. Zudem möchte ich auch einmal sagen, dass die Bewohnenden zum veränderten Ergebnis etwas beitragen. Wir haben ja die Tarife auf 2025 erhöht bzw. der Teuerung angepasst, und das AZP hat weiterhin eine sehr gute Auslastung.

Eine Reorganisation ist nur dann erfolgreich, wenn sie auch nachhaltig wirkt. Beim AZP muss uns das gelingen. Das AZP hat nicht nur kurzfristig gespart, sondern Strukturen nachhaltig verändert. Bereiche wurden zusammengeführt, die Verwaltung verschlankt, die Personalplanung verbessert. Betriebskosten konnten gesenkt und Einnahmen optimiert werden. Dies auch zugunsten der Bewohnenden, um weitere Tariferhöhungen zu vermeiden. Doch die Nachhaltigkeit soll sich nicht nur in Zahlen, sondern auch in der Haltung zeigen. Im AZP hat sich der Mindset spürbar verändert. Den finanziellen Kennzahlen wird heute viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Mitarbeitenden, insbesondere die Kaderpersonen werden regelmässig informiert, einbezogen und so zu Beteiligten gemacht. Und dies zeitnah, da die Monatsabschlüsse heute rasch vorliegen und ausgewertet werden können.

Mit der Frage der Nachhaltigkeit ist auch die Frage verbunden, ob das vorgelegte Budget realistisch ist. Wie bereits in der Botschaft festgehalten, das Budget wurde unter Bedingungen der Reorganisation erstellt. Wir haben naturgemäss noch nicht in allen Bereichen gleich viel Erfahrung mit der neuen Struktur und den neuen Ansätzen. Deshalb wird es in einigen Punkten sicher Abweichungen geben. Mittlerweile stützt sich das Budget aber nicht nur auf einen gut laufenden Sommermonat, sondern auch auf den Quartalsabschluss und auf Oktoberzahlen. Also, die Richtung stimmt, die Entwicklung ist positiv, und ich bin überzeugt, dass dem Alterszentrum Park auch im Jahr 2026 ein ausgeglichener Abschluss gelingen wird.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen: Ich möchte nicht verlängern. Ich habe mir überlegt, auch einmal nichts zu sagen, aber ich sage jetzt doch ganz kurz etwas, denn das ist eigentlich ein Evergreen. Die Reihenfolge Steuerfuss-Budget diskutieren wir seit Jahren hier im Rat. Jetzt liegt ein Vorschlag vor. Es hat mich sehr gefreut, dass die Beschlüsse getrennt werden und nicht so, wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat. Sondern es gibt zuerst einen Beschluss über den Steuerfuss und dann über das Budget. Das ist ein Fortschritt. Leider, was kein Fortschritt ist, die Reihenfolge ist falsch. Ich stelle keinen Antrag, möchte das hier einfach festhalten und verbinde es mit dem Wunsch, dass das nächste Jahr vom Stadtrat vielleicht direkt in der richtigen Reihenfolge vorgelegt wird. Ich begründe das nur ganz kurz. Wenn man in die einschlägige Fachliteratur einsteigt, heisst es dort, ohne Budget kann kein Steuerfuss festgesetzt werden. Das heisst, zuerst müssen wir wissen, was wir ausgeben, dann können wir darüber beraten, wie viel Steuern wird dafür einziehen wollen oder welche anderen Finanzierungsquellen wir anzapfen wollen. In der Logik geht es immer zuerst um das Budget und dann um den Steuerfuss, der zu einem Budget, das in der Debatte allenfalls auch geändert wird, passt. Nicht im Thurgau, aber an vielen Orten in der Schweiz wird das so entsprechend praktiziert. Dies als Erklärung, damit ein Verständnis da ist, wenn ich bei diesem Punkt Nein stimmen werde.

Abstimmung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Antrag 5 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Luc Pizzini (CH): Die Anträge 2 bis 5 unterstehen gemäss Art. 32 in Verbindung mit Art. 11 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.– Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 13. November, dauert 45 Tage und gilt daher bis zum 28. Dezember 2025.

Wir haben somit die heutige Tagesordnung durchberaten.

Von den Gemeinderatsmitgliedern Stefan Vontobel, Kathrin Widmer Gubler und Reto Brunschweiler wurde eine Einfache Anfrage zum Thema «Finanzielle Risiken für die Stadt Frauenfeld für den Bau und Betrieb des geplanten Neubaus der KVA Thurgau» eingereicht.

Zudem wurde von den Gemeinderatsmitgliedern Lisa Badertscher und Felix Kübler eine Einfache Anfrage zum Thema «Juristische Personen in der Stadt Frauenfeld» eingereicht.

Von Gemeinderätin Christa Zahnd wurde die einfache Anfrage «Parkplätze in der Stadt» eingereicht.

Ebenfalls wurde von Gemeinderätin Christa Zahnd die Motion «Überprüfung des Beschlusses Nr. 30 vom 6. Februar 2018 Erteilung eines Baurechts an die Stiftung Sandhalle für die Erstellung einer Beachvolleyballanlage auf der Kleinen Allmend» mit 30 Unterschriften eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 10. Dezember 2025, um 18.00 Uhr statt.

Ich danke dem Stadtrat und allen Beteiligten für die Erarbeitung des Budgets unter dem neuen Zeitplan. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für beendet.

Frauenfeld, 12. November 2025

STADT FRAUENFELD
Gemeinderat Frauenfeld

Der Gemeinderatspräsident

Der Gemeinderatssekretär

Luc Pizzini

Mathias Frei

STADT FRAUENFELD
Gemeinderat Frauenfeld

Der Gemeinderatspräsident: Luc Pizzini

Der Gemeinderatssekretär: Mathias Frei